Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken entsprechend

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 30 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1.50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Anzeigenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 236, Postscheck Dresden 20 515. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 236 und 17 237. Bezugspreis: bei freier Zustellung monatlich 2.30 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2.[illegible] einschließlich Zustellgebühr. Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Otto Bäbel, Dresden; Ausland: Alfred Neubauer, Berlin; übriger Teil: Erich Gottgemann, Dresden; Inserate: Fritz Richter, Dresden; Druck u. Verlag: Druckerei und Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17236. Postscheck Dresden 1300

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 23. November 1932 | Nummer 267

Verstärkt die rote Presseoffensive

Unsere Zeitung gehört in jedes Arbeiterhaus. Mache die roten Wähler zu unseren Lesern. Gestaltet den kommenden Sonntag zu einem

Großwerbetag!

Hitler, der Hungervogt des Kapitals

Hitler schwört auf das Papenprogramm . Naziführer im Bunde mit den kapitalistischen Scharfmachern . Erbärmlicher Kuhhandel mit dem Hugenberg-Brüning-Klüngel . Papen für Hitlers Kanzlerschaft

Arbeiter, bezieht Wacht- und Kampfposten!

Berlin, 23. Nov. (Eig. Drahtb.)

In geheimen Konferenzen und geheimen Schreiben geht der Schacher um die Bildung der Regierung weiter. Im „Kaiserhof", dem feudalen Standquartier Hitlers, geben sich die deutschen Scharfmacher, Junker, Großagrarier, Generäle und Prinzen ein Stelldichein um mit Adolf Hitler zu beraten, in welcher Weise seine Einsiedlung in die faschistische Konzentrationsregierung am besten erfolgen kann.

Das deutsche Proletariat ist Zeuge des erbärmlichsten Schauspiels. Derselbe Hitler, den nur sein Geschrei gegen die Notverordnung Papens während des ganzen Wahlkampfes vor noch schwereren Verlusten am 6. November bewahrte, derselbe Hitler hat erneut die Forderung Hindenburgs angenommen, bei eventueller Regierungsbildung durch ihn ein Wirtschaftsprogramm einzustellen, „daß den Anschluß an das bisherige vom Reichspräsidenten verordnete Wirtschaftsprogramm aufrechterhalten muß". Das Essener Nazi-Organ, Nationalzeitung, bestätigt diesen Pakt Hitler-Hindenburg mit den Worten:

„Wir Nationalsozialisten sind uns darüber klar, daß bis in einem gewissen Grade dieses Wirtschaftsprogramm (Papens) schon nicht mehr ausgeschaltet werden kann."

Über das völlig antisoziale Programm der geplanten kommenden Regierung gibt es also keine Differenzen: Hitler steht gerade für den Lohnabbau Papens, er will noch niedrigere Arbeitslöhne erzwingen. Er will die volksfeindliche Politik des Unterstützungsabbaues bis zur völligen Vernichtung der Sozialversicherung weiterführen.

Schon geben sich im Kaiserhof die Exponenten des schlimmsten Scharfmachertums ein Stelldichein, angefangen von dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht bis zum Inflationsprofiteur Cuno und dem berüchtigten Herzog von Koburg-Gotha, der mit seinen Millionenforderungen das thüringische Volk gepeinigt hat und noch auspreßt. Durch Schacht und den Herzog hat Hitler

die Fühlung mit Hugenberg aufgenommen

um sich mit ihm zu verständigen, mit demselben Hugenberg, gegen den bis zum 6. November alle Hakenkreuztrompeten schmetterten.

Ja, durch eine offiziöse Mitteilung wird jetzt bekannt, daß niemand anders als Papen selbst Hindenburg geraten hat, Hitler mit der Regierungsneubildung zu beauftragen. Daraus kann sich jeder selbst seinen Vers machen, wie weit es mit der Volksfreundlichkeit des Hitler bestellt ist. Das ganze Volk soll es wissen: er ist nichts anderes als der Soldknecht und Fronvogt der kapitalistischen Herrenschicht gegen die Volksmassen! Er hat den Reichspräsidenten ersucht, ihm alle Vollmachten für den Gebrauch des Diktaturartikels 48 zu geben, ohne den er seine lohn- und unterstützungsräuberischen Pläne nicht durchführen kann.

Ob die Hitlerregierung oder eine Neuauflage des Papen-Schleicher-Kabinetts mit entsaltetem Militärdiktatur kommt, in jedem Falle geht es um die Niederhaltung des Proletariats und um die weitere Senkung seiner Lebenshaltung.

Darum muß das Proletariat auf Wacht- und Kampfposten stehen. Darum muß es den Verrat der sozialdemokratischen Führung niedriger hängen, die dem werktätigen Volk Beruhigungspillen gibt und es durch parlamentarisch-kretinistische Vorwärts-Betrachtungen von der zentralen Aufgabe ablenken wird. Und diese Aufgabe heißt:

Eiligste Schließung der roten Einheitsfront, an der die Faschisten aller Schattierungen sich die Schädel einrennen werden.

Das ist der Führer der Nazipartei,

der alles zur Rettung der kapitalistischen Privatwirtschaft zu tun gelobte, der großmäulig die „Ausrottung des Kommunismus" gelobte und noch tausend andere Versprechungen für die Bourgeoisie zur Ergatterung von Ministersesseln abgegeben hat.

16. Opfer nationalsozialistischer Mörder

Genosse Rudolf Männel gestorben

Nach einer Thälmann-Kundgebung anläßlich der Reichspräsidentenwahl überfielen eine große Anzahl nationalsozialistischer braunen Mordbanditen die heimkehrenden Versammlungsbesucher und verletzten dabei mehrere Arbeiter schwer. Unter den Verletzten befand sich auch der 20jährige Jungarbeiter, Genosse Rudolf Männel aus Wittweida, der einen schweren Rückenschuß von den braunen Mördern erhielt. Seit dieser Zeit lag der Genosse im Krankenhaus. Heute erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser Genosse seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Das ist das 16. Todesopfer in Sachsen, das die braunen Mordbanditen der antifaschistischen Bewegung beibringen. Die heute hier kein Staatsanwalt etwas gegen diese Naziräuber unternommen. Die mobilisierte Arbeiterschaft wird ihre Opfer nie vergessen.

Erwerbslosen-Demonstration in Leipzig

Wie gemeldet wird, kam es in Leipzig gestern nachmittag zu demonstrativen Kundgebungen von Erwerbslosen und Angehörigen der KPD. Etwa 600 Personen marschierten in Achterreihen unter Absingen revolutionärer Lieder vom Brühl her nach dem Markt und von dort durch die Katharinenstraße. Die sofort eingesetzte Polizei konnte den Zug auflösen. Acht Personen wurden der Polizeiwache zugeführt.

Sozialfaschistischer Massenbetrug

SPD-Arbeiter, nun aber Schluß! Es geht um die Einheitsfront der Tat!

Dresden, 23. November.

Das Ende der kapitalistischen Stabilisierung, die Verschärfung der kapitalistischen Krise und die schnelle Zuspitzung der Klassenwidersprüche, wie sie sich in allen politischen Ereignissen dieser Tage immer wieder offenbart, führt zu einer neuen höheren Etappe in der Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes. Die anschaulichste Bestätigung dafür war der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der ein besonders deutliches Beispiel der gewachsenen Kampfkraft des Proletariats war. Im Zusammenhang mit allen übrigen Beispielen der proletarischen Offensive und im Zusammenhang mit den wachsenden Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie trug dieser Kampf schließlich auch viel mit zur Sprengung des Papenkabinetts bei.

Wenn die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig durch eine noch einheitlichere Zusammenfassung aller Teile der Konterrevolution und vor allem durch die Heranziehung des Hitlerfaschismus, der durch die SPD großgezüchtet wurde, durch die Heranziehung dieser Massenterrororganisation der Bourgeoisie versucht, den faschistischen Kurs noch mehr zu verschärfen, so gilt es gerade im Hinblick darauf die Notwendigkeit der Verstärkung des außerparlamentarischen Massenkampfes der Arbeiter zu betonen. Diesem außerparlamentarischen Massenkampf eröffnen sich um so größere Möglichkeiten, als immer breitere Massen von Arbeitern in die rote Einheitsfrontaktion einschwenken und als sich vor allem auch bereits Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter um unser rotes Kampfbanner gegen die kapitalistische Diktatur scharen.

Entsetzt erkennen Millionen SPD-Arbeiter heute, wohin sie von den Severing und Löbe geführt worden sind. Die am 6. November stattgefundenen Reichstagswahlen und die acht Tage darauf in Sachsen durchgeführten Kommunalwahlen haben ganz unzweideutig erkennen lassen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in großen Massen zur Kommunistischen Partei strömen. Dabei handelt es sich aber keineswegs nur um eine einmalige Erscheinung, sondern um einen regelrechten Niedergangsprozeß der den Kapitalismus verteidigenden Sozialdemokratie. Allein seit 1930 hat die SPD nicht weniger als 2 Millionen Stimmen ver-

Massenaktionen zur Rettung Bartls

Steigert den Proteststurm gegen das Todesurteil, gegen Klassenjustiz und Faschismus!

Dresden, 23. November 1932. (Eig. Meldung).

Eine gestern stattgefundene Sitzung des **Arbeiterrates des Elbwerkes Dresden** nahm eine Protestentschließung an das sächsische Justizministerium gegen das Todesurteil an, in der es u. a. heißt:

„Der Arbeiterrat des Elbwerkes gelobt, gegen dieses Schandurteil auch noch mit anderen Mitteln als mit dieser Resolution anzukämpfen.

Im sicheren Einvernehmen mit der Gesamtbelegschaft erhebt der Arbeiterrat die Forderung auf unverzügliche Aufhebung des Todesurteils."

Der Arbeiterrat von **Koch & Sterzel, Dresden,** richtete gleichzeitig eine einstimmig angenommene Protestresolution an das Justizministerium, in der die sofortige Freilassung Bartls gefordert wird.

Proteststreiks in Chemnitz beschlossen

Die Friedhofarbeiter der Städtischen Gartenbauverwaltung, Abteilung Altchemnitz, nahmen in einer Belegschaftsversammlung Stellung gegen das Todesurteil und beschlossen einstimmig, zum Zeichen des Protestes am Donnerstag, dem Tag des Wiederzusammentritts des Sächsischen Landtages, von 15 Uhr bis 15.15 Uhr, in den Streik zu treten, um der Forderung auf Aufhebung des Todesurteils Nachdruck zu verleihen.

Diesem Beschluß schlossen sich ebenfalls die Friedhofarbeiter des Stadthaus Amt für Leibespflege an.

Am Montag protestierte ebenfalls eine vom roten Betriebsratsvorsitzenden einberufene Belegschaftsversammlung des Betriebes C. Keßler in Kaltmühle gegen das Todesurteil.

40 Arbeiter des Betriebes Zitzen, Dresden, unterzeichneten eine Protestresolution. Der übrige Teil der Belegschaft war nicht im Betrieb.

Eine Delegation aus den Limbacher Betrieben und vom Betrieb Steinäcker, Chemnitz, forderte beim Chemnitzer Schwurgericht die Aufhebung des Todesurteils. Proteste beschlossen außerdem die Straßenreinigung, Gartenverwaltung und die städtischen Kraftfahrer von Leipzig.

Protestdemonstration in Dresden

Am Montag demonstrierten etwa 200 Arbeiter in Dresden-Friedrichstadt auf der Schäferstraße. Sie brachten Rachegrüße auf die Klassenjustiz, die den Arbeiter Bartl „zum Tode verurteilt hat, und gegen Hitler und den Faschismus aus.

Auch aus Leipzig, Chemnitz und Falkenstein werden Protestdemonstrationen gemeldet.

Aus der großen Zahl der Protestaktionen greifen wir noch folgende heraus: Der Erwerbslosenausschuß Dresden-Ost sammelte über 500 Unterschriften. Im Pirnaer Stadtparlament wurde ein KPD-Antrag auf Aufhebung des Todesurteils angenommen. 600 Genossenschafter des Konsumvereins Vorwärts Heidenau, protestieren, ebenso 400 Rote-Hilfe-Mitglieder in Dresden-Uebigau, eine Frauenversammlung von Neustadt-Ost, Kampfbundversammlungen in Penig, Kohlmühle und Göhren, Filmveranstaltung in Leipzig mit 1200 Besuchern, Rote-Hilfe-Versammlung mit 1500 Besuchern, Mitgliederversammlung des Zentralvereins Vermsgrün usw. usw.

Jetzt kommt es darauf an, die Protestaktionen zu steigern und vor allem in den Betrieben Proteststreiks gegen das ungeheuerliche Todesurteil, gegen die Verschärfung des Strafrechts gegen und gegen die faschistische Klassenjustiz zu organisieren.

Es gilt, den Arbeiter Bartl vor dem Tode zu retten und unseren hinter Kerkergittern schmachtenden Klassengenossen alles zu helfen.

Gebt Bestellungen auf

für die SPD-Sondernummer der „Arbeiterstimme"

die am kommenden Sonnabend, dem 26. November, als Sonderzeitung gegen sozialfaschistischen Betrug und Verrat herausgegeben wird. Organisiert ihren Umsatz vor den Betrieben und vor allem unter den SPD-Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären. In allen Orten muß ein Massenumsatz dieser Sonnabend-Sonderverkauf erreicht werden. Auf nachstehendem Bestellschein gilt es sofort Bestellungen aufzugeben, sofern es noch nicht geschehen ist.

Bestellschein

für die Sondernummer der „Arbeiterstimme", am Sonnabend, dem 26. November, gegen SPD-Politik

Die Ortsgruppe . . . . . .

bestellt . . . . . Exemplare zum Verkauf.

Die Zeitungen sind zu senden an:

Verantwortlich für sofortige Abrechnung:

(Unterschrift und Stempel)

---

loren. Das mußte unlängst selbst die Chemnitzer Volksstimme zugeben, die in einem Artikel vom 17. November wörtlich gestehen mußte:

„Seit den Maiwahlen 1928 ist ein ununterbrochener Rückgang des Prozentsatzes der sozialdemokratischen Stimmen zu beobachten." Und im selben Atemzug sieht sich die Chemnitzer Volksstimme zu dem weiteren Geständnis genötigt: „Daß die abwandernden sozialdemokratischen Wähler ausnahmslos von den Kommunisten aufgefangen wurden."

In einem gestern von der Dresdner Volkszeitung veröffentlichten Artikel über die „Lehren der Wahlen" wird in nicht minder wehklagenden Worten über „die nicht gerade erfreulichen Ergebnisse der letzten Wahlen" gejammert.

Der Volkszeitungsartikelschreiber macht schließlich die — nicht neue — Entdeckung, daß „ein recht enger Zusammenhang zwischen der Wirtschaftslage und der Entwicklung unserer (der SPD-) Wählerstimmen besteht". Er tut das aber in der demagogischen Absicht, zwischen der wirtschaftlichen Lage und der politischen Haltung der Sozialdemokratie zu differenzieren und schließlich zu schlußfolgern, daß die politische Haltung der SPD gar nicht von so besonderem Ausschlag auf die Bewegung ihrer Wählerstimmen sei.

Diese Darstellung hat keinen anderen Zweck, als die Politik der Sozialdemokratie gegenüber den rebellierenden sozialdemokratischen Arbeitern zu verteidigen und herauszustreichen. Das tut die Dresdner Volkszeitung allerdings nicht, ohne gleichzeitig „linke" Manöver zum Zwecke des Massenbetruges der Arbeiter zu führen, wobei ihr allerdings das Malheur passiert, daß sie diese Manöver selbst als solche zugibt und eingesteht.

So heißt es in diesem Artikel zum Beispiel unter anderem:

„Wenn die Sozialdemokratie seit jener Zeit schon den Kampf für die Planwirtschaft in den Vordergrund ihrer politischen Tätigkeit gestellt hätte, so wäre es doch vielleicht möglich gewesen, Maßnahmen durchzusetzen, durch die hätte verhindert werden können, daß Krise und Arbeitslosigkeit ein so ungeheures Ausmaß erreichten. Allerdings hätten es uns unsere Gegner rechts und links sehr schwer, wahrscheinlich unmöglich gemacht, planwirtschaftliche Gedanken durchzusetzen."

Angesichts so frecher Demagogie gilt es immer wieder daran zu erinnern, daß die Sozialdemokratie schon sehr oft von der „Planwirtschaft" und von der „Sozialisierung" geredet und geschrieben hat. Aber das tat sie ständig dann, wenn sich die Massen im Kampf befanden, um die Weiterentwicklung dieser Kämpfe durch solche Versprechungen und Verheißungen zu verhindern und unmöglich zu machen.

Ja, die Sozialdemokratie hätte doch Jahre hindurch infolge ihrer Besetzung der Regierungsfunktionen die Möglichkeit gehabt, ihren unablässigen Versprechungen Taten folgen zu lassen. Sie tat das nie! Und sie hatte nie die Absicht das zu tun, weil ihr diese Versprechungen immer nur dazu dienten, die Massen von außerparlamentarischen Aktionen im Interesse der Bourgeoisie zurückzuhalten.

Wenn darum der erwähnte Artikel der Dresdner Volkszeitung in der Forderung ausklingt, die Sozialdemokratie solle „das Endziel" in ihrer ganzen Werbearbeit wieder in den Vordergrund stellen, so ist das nur eine Ankündigung weiteren radikalen Geschreis von der „Sozialisierung" usw., um die Arbeiter vom tatsächlichen Kampf gegen die kapitalistische Diktatur zurückzuhalten.

Die Sozialdemokratie versteigt sich ja sogar in diesen Tagen dazu, vom „Generalstreik" zu reden, obwohl die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie nicht einen Moment an politischen Streik oder Generalstreik denken. Wenn sie dennoch hin und wieder vom Streik reden oder schreiben, so nur, um die wachsende Stimmung der Arbeiter für den politischen Massenstreik gegen das faschistische Diktaturregime aufzufangen.

Das darf ihnen nimmermehr gelingen! Die sozialdemokratischen Führer dürfen nicht länger Schindluder mit der Einheitsfront treiben! Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate, die Flut der Streiks unter RGO-Führung, die zahlreichen erfolgreichen sonstigen außerparlamentarischen Aktionen, bei denen kein SPD-Führer zu blicken war, haben allen Arbeitern zugleich die Lehre für ihr künftiges Handeln vermittelt.

Nur in roter Einheitsfront, Seite an Seite und unter Führung der Kommunisten kann die Arbeiterschaft die faschistische Offensive des Kapitals zurückschlagen, die Weiterentfaltung der faschistischen Diktatur verhindern und den Sieg über all ihre Feinde davontragen.

Deshalb: Her zu uns! Her zur roten Einheitsfront!

Her zur Antifaschistischen Aktion zum Kampf gegen Hunger und Faschismus, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Für den Sozialismus!

Alarmierende Polizeiaktion gegen KPD

Mannheim, 22. November. (Eig. Drahtbericht.)

Soeben erfahren wir aus Ludwigshafen, daß gestern nacht die Ludwigshafener Polizei, von der bekannt ist, daß besonders die führenden Instanzen die engste Verbindung zu den Nationalsozialisten unterhalten, eine große Polizeiaktion gegen die Ludwigshafener Kommunistische Partei durchführte. Nachts um 1/4 1 Uhr wurde das Büro der Unterbezirksleitung von selbstverständlich ausgerüsteter und mit Karabinern bewaffneter Polizei umstellt. Mit vorgehaltenen Karabinern drangen die Polizisten in das Büro ein und verhafteten 16 Genossen. Die anliegenden Straßen wurden abgeriegelt. Der Reichstagsabgeordnete, der sich sofort mit der Ludwigshafener Polizei in Verbindung setzte, verlangte, daß ihm derjenige, der für diese Polizeiaktion verantwortlich ist, mitgeteilt würde. Er verhandelte mit fünf Stellen, aber niemand von den Herrschaften wollte etwas wissen.

Diese Polizeiaktionen sind für die gesamte Arbeiterklasse von alarmierender Bedeutung. Gestern berichteten wir über den ungeheuerlichen Terrorbefehl der Naziführer, der die pfälzische SA anweist, bei Bildung einer Hitlerregierung sofort alle Funktionäre der KPD „unschädlich" zu machen.

Was gestern in Ludwigshafen geschah, kann heute und morgen schon an Dutzenden anderen Stellen seine Fortsetzung finden. Schlagt Alarm in allen Betrieben! Je drohender die Pläne der faschistischen Unterdrücker, je ernster die Vorstöße der Bourgeoisie gegen die Kommunistische Partei, desto kühner und mutiger entfaltet das Banner unserer Einheitsfrontaktion in Stadt und Land, desto stärker seid gegenüber allen Ueberraschungen gerüstet!

20 Monate Gefängnis gegen vier Kötzschenbrodaer Arbeiter

Die 13. Strafkammer des Landger. Dresden verhandelte am Montag gegen die Arbeiter Müller, Füssel, Kreutz und Stoßmann aus Kötzschenbroda. Die Anklage bezieht sich auf die Vorgänge am Kötzschenbrodaer Rathaus am Abend des 2. Juni. Hier sammelten sich am betreffenden Abend zahlreiche Erwerbslose zur Zeit einer Stadtverordnetensitzung an. Durch außerparlamentarische Aktion sollte verhindert werden, daß die gekürzten Unterstützungssätze zur Auszahlung gelangen. Die Eingänge des Rathauses waren von einem starken Polizeiaufgebot besetzt. Bald ging die Polizei dazu über, den Platz vor dem Rathaus unter Anwendung des Gummiknüppels zu räumen. Am 10. Juni wiederholten sich die Vorgänge am Rathausplatz.

Der Staatsanwalt plädierte auf schweren Aufruhr und das Gericht verhängte folgende schweren Strafen:

Müller 6 Monate, Füssel 3 Wochen, Kreutz 4 Monate und Stoßmann 7 Monate Gefängnis.

Dieses neue Klassenurteil muß dazu beitragen, den Proteststurm gegen die Klassenjustiz, die den Arbeiter Bartl dem Henkerbeil ausliefert und den Strafvollzug gegen unsere proletarischen Gefangenen ungeheuer verschärft, zu steigern. In allen Betrieben, an allen Stempelstellen müssen Massenaktionen für die Freilassung aller proletarisch politischen Gefangenen einsetzen. Kämpft mit der Roten Hilfe gegen Klassenjustiz und Faschismus.

Fleischvergiftungen im Arbeitsdienstlager

Dresden, 23. November 1932. (Eig. Meldung)

Im Arbeitsdienstlager des „Bundes der Kinderreichen" in Dresden-Bühlau, das den Bau von Randsiedlungen betreibt, waren am Montag bei den Jugendlichen Fleischvergiftungserscheinungen zu bemerken. Bei einem Jugendlichen war diese Vergiftung so stark, daß er ins Krankenhaus transportiert werden mußte.

In den Arbeitsdienstlagern, wo die Jungerwerbslosen in faschistischem, militaristischem Geiste erzogen werden, kommen schon oft derartige Mißstände zum Vorschein. Deshalb muß der Kampf gegen den faschistischen Arbeitsdienst verstärkt werden. Die Arbeitsdienstler im Lager Dresden-Bühlau machen durch Streikaktionen den Kampf gegen das vergiftete Essen und gegen den faschistischen Arbeitsdienst selbst, für die Ausführung aller Arbeiten bei tariflicher Bezahlung führen. Kampf gegen den Arbeitsdienst heißt auch gleichzeitig Kampf gegen Nationalsozialismus, die die eifrigsten Befürworter und Einpeitscher des faschistischen Arbeitsdienstes sind.

KPD-Fraktion des Sächsischen Landtags fordert:

Weg mit dem Todesurteil gegen Bartl!

An den Ministerpräsidenten und das Justizministerium z. H.
Minister Dr. Mannfeld, Dresden,

Unterzeichnete Fraktion des Sächsischen Landtages erhebt hiermit entschieden Protest gegen das Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl in Chemnitz.

Das Urteil erweist sich als ausgesprochenes Tendenzurteil, das nur auf Grund besonderer Konstruktion selbst nach der jetzigen Rechtsprechung juristisch zu begründen ist.

Der gesamte Tatbestand zeigt, daß es sich keineswegs um einen überlegten Mord handelt, sondern daß es erst, nachdem der Arbeiter Bartl beim Verlassen des Lokals angegriffen und mißhandelt wurde, zu der Schießerei kam, bei der der Nationalsozialist Krebeck getötet wurde.

Das Gericht stellte selber fest, daß Bartl nicht geschossen habe. In der Urteilsbegründung heißt es ausdrücklich, daß die Waffe Bartls versagt habe.

Nur weil das Gericht versuchlichen Mord und damit gemeinsame Vorbereitung konstruiert, kann es zu dem Urteil kommen. Die Konstruktion ist aber ungeheuerlich und hält einer objektiven Prüfung nicht stand.

Wir erwarten, daß das Ministerium von der Konstruktion sowohl des Staatsanwalts wie auch des Gerichts abrückt und eine solche Auslegung, wie sie durch den Staatsanwalt und das Gericht gegeben wurde, ausdrücklich zurückweist.

Das Urteil erweckt in den breitesten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterschaft äußerste Empörung. Ueberall sieht man, daß es sich hier um ein politisches Tendenzurteil handelt.

Wir verlangen als Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft Sachsens, daß durch eine Stellungnahme des Ministeriums, dessen Vertreter ja an der Verhandlung teilnahm, gegen dieses Urteil aufgetreten wird.

Wir fragen, ob das Justizministerium bei der Berufungsverhandlung für eine weniger nur nach faschistischen Gesichtspunkten durchgeführte Verhandlung eintreten, ob es eine Wertung der Widersprüche der Zeugenaussagen und zum mindesten einen Lokaltermin veranlassen will.

Alles in allem, ob es veranlassen will, daß diejenigen Punkte, die nachweisen, daß es sich keineswegs um einen vorher vereinbarten gemeinsamen Mord, daß es sich auch nicht um Totschlag, sondern um Notwehr handelt, mehr in den Vordergrund gerückt werden.

Wir fragen weiter, ist das Justizministerium bereit, dafür zu sorgen, daß in der Berufungsverhandlung die Anklage keineswegs von demselben Staatsanwalt vertreten wird?

Einer baldigen Antwort entgegensehend

für die Fraktion der Kommunistischen Partei
im Sächsischen Landtag
gez.: Rudolf Renner.

Schon 10 Tage Hungerstreik

Unsere Auerbacher politischen Gefangenen führen den Hungerstreik weiter

Die politisch proletarischen Gefangenen von Auerbach haben uns ein paar kurze Kampfesgrüße übermittelt. In ihrem Briefe schreiben sie unter anderem:

„Wir können heute, am 8. Tage des Hungerstreiks leider keine großen Briefe schreiben, aber hoffentlich tut ihr alles, um unseren Kampf zu unterstützen; denn unser Hungerstreik geht weiter. Einer unserer Genossen hat, geschwächt von den Strapazen dieses unseres Streiks, heute Krämpfeanfälle bekommen. Trotz alledem führen wir den Kampf in der festen Gewißheit unter Solidarität weiter."

Diese Zuversicht unserer Festungsgefangenen, die sie in die revolutionären Arbeiter setzen, dürfen nicht enttäuscht werden. Unterstützt sie in ihrem Kampfe. Richtet beigeschaftsweise ermunternde Kampfesgrüße an sie. Setzt aber auch zugleich das sächsische Justizministerium unter ein wahres Trommelfeuer von Protestresolutionen.

Steigert die Protestbewegung zu Solidaritätsaktionen für die im Hungerstreik stehenden Festungsgefangenen. Helft ihnen mit allen Mitteln bei der Durchsetzung ihrer Forderungen!

Massenprotest gegen reformistische Genossenschaftspolitik

Dresden, 23. Nov. (Eig. Meld.)

Wir berichteten bereits, daß der Konsumverein Vorwärts, Dresden, dazu übergegangen ist, die Dividende von 5 auf 4 Prozent herabzusetzen. Diese 4 Prozent werden jedoch nicht in barem, sondern in Waren ausgezahlt, was in der letzten Mitgliederversammlung zu erregten Auseinandersetzungen mit der Genossenschaftsbürokratie führte. Die Mitglieder rechneten selbstverständlich mit dem Gelde, das sie zu bekommen haben. Wie stark die Empörung gegen die Bürokratie ist zeigt folgende Tatsache:

Am Dienstag vormittag demonstrierten mehrere hundert Frauen, die Mitglieder des Konsumvereins sind, vor dem Gebäude des „Vorwärts" in der Rosenstraße, um ihrer Empörung gegen die Maßnahmen der Konsumvereins gegen die Mitgliedschaft Ausdruck zu geben. In erregten Diskussionen nahmen die Frauen gegen die Herabsetzung der Dividende und die Auszahlung derselben in Waren Stellung.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Mitgliedschaft einen organisierten Kampf gegen die Genossenschaftsbürokratie, die nicht gewillt Verleumdungen über unter proletarischer Führung stehende Konsumvereine (Limbach, Schwarzenberg usw.) verbreiten kann, für eine revolutionäre Genossenschaftspolitik führt.

•

Aus Reichenbach in Oberfranken wird gemeldet, daß neun SA-Jungproleten sich der Jugendgruppe des Roten Landarbeiterverbandes der Land- und Forstarbeiter angeschlossen haben.

•

In der Münchner SA, und zwar in der Kaserne „Auf der Alm", ist eine Meuterei gegen die Führung ausgebrochen.

Am Sonntag Großwerbetag für unsere Presse!

Macht alle Genossen, alle Zellen mobil zur Werbung am Sonntag! Gewinnt alle Sympathisierenden als Leser für unsere Presse.

Aber berichtet auch sofort über die Ergebnisse!

Meldedienst der Redaktion am Sonntag, dem 27. November von 17 bis 19 Uhr. Telefon Nr. 17 258 und 27 853. Meldet in dieser Zeit telefonisch oder durch Kurier alle Ergebnisse (Arbeiterstimme, Volksche usw.). Gebt gleichzeitig die

Bestellungen für den Straßenverkauf für die kommende Woche

mit auf. Gegen die bürgerliche, national- und sozialfaschistische Hetzpresse

unsere Presse in alle Arbeiterwohnungen!

Um die Vorherrschaft am Stillen Ozean

Beginn der Völkerbundsdebatten zum Lytton-Bericht über die Aufteilung Chinas — Japan besteht auf Anteilbarkeit seiner Beute — Hauptbrandherd des neuen imperialistischen Weltkrieges

Genf, 22. November. Gestern begannen in Genf auf der Tagung des Völkerbundsrates die Verhandlungen über den Lytton-Bericht über die Mandschurei. Bereits am Abend vorher gab die japanische Delegation ihre Antwort auf den Lytton-Bericht bekannt, die die ungeheure Verschärfung der imperialistischen Gegensätze im Kampf um die Vorherrschaft am Stillen Ozean widerspiegeln. In dieser Antwort erklärt die japanische Regierung kurz und bündig, der Lytton-Bericht könne weder von Japan noch von „Mandschukuo" angenommen werden. Es gäbe in China keine starke und ständige Zentralregierung, so daß man die Mandschurei keinesfalls unter chinesische Oberhoheit stellen könne. Auch eine internationale Gendarmerie sei nicht imstande, in der Mandschurei die Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Der Lytton-Bericht müsse selbst zugeben, daß China kein „organisierter Staat" sei, Japan handle im Interesse aller Mächte, denn wenn man der Unsicherheit in China weiter freien Lauf lasse, so würden alle auswärtigen Mächte verdrängt werden. Nicht Japan, sondern China sei der Angreifer im gegenwärtigen Konflikt. Bezeichnenderweise beruft sich Japan bei der Rechtfertigung seiner Kriegspolitik ausdrücklich auf den Briand-Kellog-Pakt, der allen Staaten das Recht gebe, „militärische Maßnahmen zur Verteidigung seiner Rechte selbst zu unternehmen". Auch andere Staaten hätten bereits früher mit Waffengewalt „unabhängige" Staaten geschaffen.

In der Linie dieser Antwort bewegte sich auch die heutige Rede des japanischen Delegierten Matsuoka auf der Tagung des Völkerbundsrates, wobei Matsuoka betonte, daß der Völkerbund überhaupt gar kein Recht habe, sich in die Frage der Mandschurei einzumischen. Nach der Rede des japanischen Vertreters vertagte der Völkerbund die Verhandlungen über die Mandschureifrage und verfolgt damit die bisherige Taktik, durch Verschleppung der ganzen Frage dem Konflikt möglichst aus dem Wege zu gehen und damit dem japanischen Imperialismus unschätzbare Dienste zu leisten.

Die scharfe Ablage Japans an den Lytton-Bericht spiegelt die Schärfe und Tiefe der imperialistischen Gegensätze an diesem entscheidenden Knotenpunkt wider. Was bedeutet der Lytton-Bericht und warum lehnt ihn der japanische Imperialismus ab? Der Lytton-Bericht versucht die gemeinsamen Interessen aller Imperialisten gegenüber dem halbkolonialen China, er stellt ein Kompromiß zur gemeinsamen Ausplünderung der Mandschurei dar und versucht nach der Zerfetzung des Washingtoner Abkommens durch die japanischen Bajonette zu einem neuen imperialistischen Abkommen über die Aufteilung der Einflußsphären in China zu gelangen. Zwar werden im Lytton-Bericht formal die „Hoheitsrechte" Chinas über die Mandschurei anerkannt, aber tatsächlich wird die Umwandlung der Mandschurei in eine unter Kontrolle der ausschlaggebenden imperialistischen Mächte stehende Kolonie vorgeschlagen. Wenn der Lytton-Bericht ausdrücklich die „Sonderinteressen und Sonderrechte" Japans in der Mandschurei betont, so verweist er auch gleichzeitig darauf, daß auch die übrigen imperialistischen Mächte dieselben „Sonderinteressen" hätten. Im Lytton-Bericht spiegelt sich sehr stark der Druck des amerikanischen Imperialismus wider, der entschlossen ist, seine Vormachtstellung am Stillen Ozean mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln des Krieges, zu verteidigen. Japan aber lehnt jede Teilung seiner Beute mit den übrigen Imperialisten ab.

Unverhohlen bezeichnet der Lytton-Bericht als die Hauptgefahr, die allen Mächten in China droht, den Kommunismus. Und deshalb schlägt er eine internationale Zusammenarbeit zur Unterdrückung der Sowjetrevolution und zur Verwandlung Chinas in eine Kolonie des Weltimperialismus vor. Gleichzeitig wird im Lytton-Bericht der Versuch gemacht, eine Basis zum gemeinsamen Kampf der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zu schaffen.

Daß Frankreich ein Kriegsbündnis mit dem japanischen Imperialismus besitzt, ist offenkundig. Gegenwärtig bemüht sich der amerikanische Imperialismus, die Bündnisfäden zwischen Frankreich und Japan zu seinen Gunsten zu zerreißen. Diese Frage spielt auch bei den gegenwärtigen Kriegsschuldenverhandlungen eine große Rolle. Die große englische Regierungspresse nimmt heute ganz zynisch für Japan Stellung. Die „Morning-Post" schreibt, daß rechtlich und moralisch die Stellung Japans viel stärker als die der pazifistischen Kritiker sei. Die Lösung der fernöstlichen Frage müsse im Sinne und Geiste des ehemaligen englisch-japanischen Bündnisvertrages erfolgen.

Die Schärfe, mit der die imperialistischen Gegensätze in der Frage der Mandschurei entbrannt sind, die Unversöhnlichkeit der imperialistischen Standpunkte Japans und der Vereinigten Staaten beweisen, daß die Imperialisten nicht mehr imstande sind, den Knoten ihrer Gegensätze zu entwirren und sich immer mehr dem Zeitpunkt nähern, wo sie diesen Knoten durch einen neuen imperialistischen Weltkrieg auseinanderhauen wollen.

Die Gefahr, die damit allen Werktätigen droht, ist ungeheuer. Es gilt, im Geiste des proletarischen Internationalismus den Kampf zur Verteidigung des chinesischen Volkes gegen den Weltimperialismus, zur aktiven Verteidigung der Sowjetunion gegen die kapitalistischen Interventionsgelüste gewaltig zu verstärken. Das allein ist die Garantie für die Niederlage der imperialistischen Kriegstreiber.

Terrorwelle in der Schweiz

Arbeiterschaft steigert Protestkampagne für Befreiung der verhafteten Arbeiter und Soldaten

Genf, 22. November. Die Polizei setzt die Massenverhaftungen noch immer fort. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Funktionäre der Kommunistischen Partei. So wird z. B. dem Genossen Lantillon zur Last gelegt, daß er einen Aufruf verfaßt habe, in welchem die Verhaftung des Genfer Regierungspräsidenten und des Oberst Sudarren verlangt wurde. Auch der Leiter der Genfer Arbeitermehr ist verhaftet worden. Wie die „Neue Züricher Zeitung" mitteilt, sollen die verhafteten Arbeiter und Soldaten unter folgende Anklage gestellt werden: Planmäßige Vorbereitung des Aufruhrs, Eisenbahngefährdung, Meuterei in der Truppe, Angriff auf die Versammlungsfreiheit, Beschimpfung der Behörden. Die Polizei arbeitet mit bestochenen Provokateuren, die für einige Franken alles aussagen, was die Polizei von ihnen verlangt. So machte z. B. ein Spitzel die phantastische Aussage, er sei mit der Herstellung von Knüppeln beauftragt worden, die beim „Aufruhr" Verwendung finden sollten. In dieser Woche werden etwa 100 Soldaten vor Gericht gestellt, die bei der Mobilmachung des Genfer Regiments nicht eingerückt sind.

Die Protestaktion der Schweizer Arbeiterschaft flammt erneut auf. In Basel fanden am Sonnabendabend drei große Protestversammlungen gegen den Genfer Arbeitermord und den Polizeiterror statt. In der Diskussion sprachen mehrere sozialdemokratische Arbeiter, die gegen die Führer der SP. Stellung nahmen und sich mit dem Kampf der KP. solidarisierten. Eine weitere Massenversammlung fand in Birsfelden statt. Die Kommunistische Partei hat in Genf ein neues Flugblatt herausgegeben, das an die gesamte Arbeiterschaft den Appell richtet, den Kampf für die Freilassung der verhafteten Arbeiter und Soldaten zu steigern.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat eine gewaltige Solidaritätsaktion für die Schweizer Arbeiter eingeleitet, die in einer Massenversammlung im größten Saal von Paris ihren Ausdruck fand. Auch die deutschen Arbeiter müssen ihre brüderliche Verbundenheit mit dem Schweizer Proletariat durch Massenproteste gegen die Verfolgung der revolutionären Arbeiter und Soldaten bekunden.

Gewaltiger kommunistischer Vormarsch in den Vereinigten Staaten

Neuyork, 22. November. Erst jetzt werden einige weitere Stimmenzahlen bekannt, die die Kommunistische Partei bei den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten, die mit den Wahlen in das Abgeordnetenhaus sowie in die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten verbunden waren, erzielt hat. Das Gesamtergebnis liegt noch immer nicht vor, da die Behörden die Auszählung und Bekanntgabe der kommunistischen Stimmenzahlen absichtlich verzögern. Aber die vorliegenden Teilergebnisse zeigen bereits den gewaltigen Vormarsch der Kommunistischen Partei. Wir gaben bereits bekannt, daß die kommunistischen Stimmen in der Stadt Neuyork sich seit 1928 verdreifacht haben.

In Chicago stieg die kommunistische Stimmenzahl von 1000 auf 11 000. Im Bundesstaat Arizona erzielte der kommunistische Kandidat 12 538 Stimmen und übertraf damit die Zahl der Stimmen der Republikanischen Partei in diesem Gebiet. 1928 hatten die Kommunisten nur 184 Stimmen in Arizona auf sich vereinigt. Ein weiteres Teilergebnis liegt aus dem Bundesstaat Utah vor. In zwei Dritteln dieses Staates wurden 1200 Stimmen für den Genossen Foster abgegeben gegenüber 54 Stimmen im Jahre 1928. In Minnesota wurden 10 000 Stimmen erzielt. In der Stadt Duluth 1000 Stimmen gegenüber 76 im Jahre 1928. Bei der Einschätzung dieses gewaltigen Vormarsches ist stets zu berücksichtigen, daß der größte Teil der ausgebeuteten Schichten des Wahlrechts beraubt ist.

USA. fordern Kriegsschuldenzahlung

Washington, 22. November. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß Hoover die Forderung der Schuldnerstaaten auf Neuregelung der europäischen Kriegsschulden ablehnt und erwartet, daß England und Frankreich die am 15. Dezember fälligen Zahlungen leisten.

Es wird in diesem Zusammenhang auf das ungeheure Defizit der Vereinigten Staaten hingewiesen. Hoover hat eine außerordentliche Kabinettssitzung einberufen, die über eine Herabsetzung der Ausgaben um 700 Millionen Dollar beschließen soll.

A. Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

41. Fortsetzung.

„Was habt ihr im Hof gefunden?" fragte der Wachtmeister die Polizisten.

„Nichts haben wir gefunden, Euer Wohlgeboren", antworteten sie.

„Habt ihr auch richtig gesucht?" fragte der Wachtmeister wieder.

„Ja, Sie können ganz ruhig sein."

„Auf Wiedersehen", wandte sich der Wachtmeister zu mir, „Sie verstecken Ihre Literatur gut! Das nützt aber nichts, früher oder später werden wir sie doch finden."

Uebergabe des Komitees an die Menschewiken

Am nächsten Tage erfuhr ich, daß die Genossin R. aus Odessa zurückgekommen war. Da ich bemerkte, daß ich beobachtet wurde, kam ich drei Tage lang nicht mit den Genossen zusammen. Meine erste Frage, als ich Genossen R. sah, war:

„Was ist aus der Reise der Genossin R. geworden?"

„Denken Sie sich, sie hat sich bisher noch nicht im Komitee gemeldet. Laden wir sie zur nächsten Sitzung ein und verlangen wir von ihr einen Bericht über die Reise."

Ich war damit einverstanden. Das Zögern der Genossin war mir ganz unverständlich. Sie wußte ja, daß von ihrer Antwort das Leben oder Sterben des Jekaterinoslawer Komitees abhing. Wir luden sie also ein.

„Man sagt, daß Sie schon vor einer Woche aus Odessa zurückgekommen sind", sagte ihr Genosse R. „Warum haben Sie sich bis heute nicht gemeldet, um von Ihrer Reise zu berichten?"

R. sah verlegen drein.

„Ich bin darum nicht gekommen, weil ich es für unnötig hielt, über einen so nichtigen Auftrag, für den ich leider das letzte Geld, das sich in der Komiteekasse befand, verpendet habe, zu berichten", antwortete sie. „Man sagte mir", setzte sie fort, „daß das Odessaer Komitee keinen Referenten schicken kann. Man lachte dort über diese Bitte, so lächerlich erschien sie ihnen."

„Ich verstehe Sie nicht, Genossin? Wir redeten doch russisch miteinander. Wir sagten Ihnen, daß wir Ihnen den Auftrag geben, uns einen guten, energischen Mitarbeiter für das Komitee aus Odessa mitzubringen und dort auch die Frage zu klären, wie sich die Genossen dort zu der neuen Lage in Jekaterinoslaw und zum Wahlprinzip, das die Menschewiken verlangen, stellen."

Genossin R. blieb hartnäckig dabei, daß ihr diese Aufträge nicht gegeben wurden, sie wiederholte immer wieder, man habe sie nur gebeten, einen Referenten aus Odessa mitzubringen.

Ich zermürbte mich im Kampf mit den Menschewiken im großen Tschetschelower Bezirk. Der Stadtbezirk und die Unterbezirke Amur und Nikitsje-Dnjeprowsk waren schon unter dem Druck der Menschewiken gefallen. Der Tschetschelower Bezirk war das letzte Fort, das in den Händen der Bolschewiken blieb, das nicht nachgab und den wildesten Angriffen ausgesetzt war.

Der schicksalsschwere Tag kam doch. Der Tschetschelower Bezirk schloß sich den Menschewiken an. Unter dem Einfluß der Menschewiken faßten die Bezirke einen Beschluß, demzufolge die Leitung der Parteiarbeit in Jekaterinoslaw einer neu gewählten Zentrale übergeben werden mußte. Durch diesen Beschluß wurde das bolschewistische Komitee in die Lage eines Generalstabes gedrängt, dessen Armee zum Feind übergegangen war.

Da ich nach der Haussuchung, die bei mir stattgefunden hatte, unter strenge Beobachtung genommen wurde, da ich ausruhen, zu Kräften kommen, lernen und lesen, die Lage der Partei klären mußte, fuhr ich Ende Januar nach Kiew.

Die Uebergabe des Komitees in die Hände der Menschewiken verbreiteten letztere als ungeheuren Sieg aus. Martom berief mit dieser Sache fast alle Städte Westeuropas, Rich Stegosjanzen über den großen Sieg aus und hielt Berichte darüber.

Gleichzeitig war über die Uebergabe des Komitees jenes Gewitter, das unser Zentrum zwang, Hilfe nach Jekaterinoslaw zu schicken. Auch Literatur wurde geschickt. In dieser Literatur wurde der Kampf der Bolschewiken, die revolutionäre Taktik der Arbeiterklasse, die zum Sturz des Zarismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft führen hat, gründlich behandelt.

Unter dem Einfluß dieser Literatur und des von eingeborenen Genossen Lepeschinski bemerkten die fortschrittlichen Arbeiter Jekaterinoslaws sehr bald, daß hinter den glänzenden Phrasen der Menschewiken hinter der schönen Fassade bürgerliche Elemente steckten, die, ohne sich dessen bewußt zu sein, die historischen Aufgaben der liberalen Bourgeoisie, aber nicht des Proletariats verwirklichen wollten.

Andererseits erstand die Partei der Bolschewiken in den Augen der Arbeiter immer deutlicher und klarer als die Partei der Arbeiterklasse, die mit der fortschrittlichsten Theorie, der Theorie des revolutionären Marxismus bewaffnet, die Arbeiterklasse als Avantgarde der Revolution im Bündnis mit der Bauernschaft zum unversöhnlichen Kampf gegen die Selbstherrschaft, gegen den Kapitalismus führt.

Die Arbeiter der Fabrikbezirke waren die ersten, die vom Alldruck, den die Menschewiken auf sie geübt hatten, zu sich kamen. Das wieder ins Leben gerufene Komitee der Bolschewiken fand in ihnen eine Stütze und wurde wieder zum revolutionären Generalstab, hinter der die Armee der Fabrikarbeiter stand.

Zur selben Zeit ging derselbe Prozeß auf der ganze Linie vor sich. Die Mehrheit der Organisationen stellte sich langsam auf den Standpunkt der Bolschewiken.

Genosse Matrjona sah, wie es für einen Bolschewiken auch selbstverständlich ist, seine Arbeit ein und schickte mich von Kiew nach Jekaterinoslaw zurück. Ich übergab dort meine Verbindungen mit den Arbeitern von Tschetschelowka, Amur und Nikitsje-Dnjeprowsk den Genossen und fuhr im Februar 1905 zur Parteiarbeit nach Odessa.

Odessa

Es war Ende Februar. Obwohl es keinen Schnee mehr gab, war es doch noch kalt. Das Meer leuchtete aber trotzdem blau, lockte mit seinen weiten Fernen und begeisterte durch seine Größe, als ich in die Redaktion der Zeitung „Jusnaja Obozrenje" (Südliche Rundschau) ging, wo die Parteimitglieder sich bei Genossen Gleichenstein zu melden hatten. Nachdem er das Losungswort, ich glaube es war „Schach von Persien", zur Kenntnis genommen, mir die entsprechende Antwort gegeben und sich davon überzeugt hatte, daß alles Sinnes, schickte er mich geradewegs zu Anna Michailowna Wichoffer. Durch ihre Vermittlung lernte ich kennen: den Sekretär des Komitees den Leiter der Agitations- und Propagandaarbeit „Ostrichow" (Eliija Michailowitsch Ostrowitsch) und Genossen Ossip (Konstantin Ossipowitsch Zemgalit), den höchsten operativen Rat des Komitees, und den Leiter der „Selbstschutzkräfte und Intellektuellenkräfte", die das Komitee mit Waffengängen für Gegengänge und Versammlungen und mit Soldatenkleidern versorgte.

(Fortsetzung folgt)

RUNDFUNK

Mittwoch, den 23. November:

Königswusterhausen. 16.30 Konzert aus Hamburg. 18.00 Klaviermusik. 19.00—19.40 Englisch. 19.40 Unterhaltungsmusik. 21.05 Presse, Sport. 21.15 Konzert aus London. 22.15 Wetter, Presse, Sport. Anschl. bis 24.00 Tanzmusik.

Leipzig. 16.40 Jugendmusik. 18.35 Italienisch. 19.30 Lieder im Volkston. 20.00 „Tausend und ein König", Komödie. 21.15 Europäisches Konzert aus London. 22.15 Nachrichten. Anschl. Tanzmusik aus London. 24.00—1.00 Tanzmusik.

Moskau. Gewerkschaftskalender: 17.10 Konzert, Werke von Schumann, Schubert, Chopin. 18.30 „Die Heirat", Oper. 20.00 Tanzmusik.

Donnerstag, den 24. November:

Königswusterhausen. 6.15 Funkgymnastik, Wetter, Konzert. 12.00 Wetter. Anschl. Puccini: aus „Madame Butterfly" (Schallplatten). 14.00, 16.00 Konzert aus Berlin. 18.00 Zeitgenössische Cembalo-Musik. 19.00 Stunde des Landwirts. 20.00 Konzert aus Langenberg. 21.45—22.45 Zigeunermusik aus Budapest. 22.15 Wetter, Presse, Sport. Anschl. bis 24.00 Konzert.

Leipzig. 6.15 Gymnastik, Frühkonzert. 12.00 Wagner: aus „Siegfried" (Schallplatten). 13.15 Volksinstrumente (Schallplatten). 16.00 Konzert. 18.30 Spanisch. 19.00 Spinoza zum 300. Geburtstag. 19.35 Volkslieder. 20.05 Unterhaltungskonzert. 21.15 „Die Reiherjäger", Chornovelle. 22.15 Nachrichten.

Moskau. Komintern: 15.00 Schubertkonzert. 18.15 Konzert. 20.00 Wochenrundschau und Briefkasten (deutsch).

Freitag, den 25. November:

Königswusterhausen. 6.15 Gymnastik, Wetter, Konzert. 12.00 Wetter. Anschl. Walzer und Märsche (Schallplatten). 14.00 Konzert aus Berlin. 18.00 Konzert aus Leipzig. 21.00 Presse, Sport. 21.10 Eichendorff-Feier aus Breslau. 22.30 Wetter, Presse, Sport. Anschl. bis 24.00 Tanzmusik.

Leipzig. 6.15 Gymnastik, Frühkonzert (Schallplatten). 12.00 Konzert. 13.15 Unterhaltungsmusik. 16.30 Von Sevilla bis Aranjuez, Leipziger Sinfonieorchester. 19.30 Eichendorff-Stunde. 21.10 Unterhaltungskonzert. 22.10 Nachrichten. Anschl. bis 23.30 Zur Unterhaltung (Schallplatten).

Moskau. Komintern: 9.00, 10.10, 15.00 und 18.15 Konzert. 20.00 „Der deutsche Instrukteur einer Betriebsschule am Mikrophon" (deutsch).

Sonnabend, den 26. November:

Königswusterhausen. 6.15 Gymnastik, Wetter, Konzert aus Königsberg. 11.15 Stunde der Unterhaltung. 12.00 Wetter. Anschl. „Von Wien durch die Welt" (Schallplatten). 14.00 Konzert aus Berlin. 16.30 Konzert aus Hamburg. 19.00 Französisch. 20.00 „Robert der Teufel" (aus Frankfurt). 22.30 Wetter, Presse, Sport. Danach Konzert aus Berlin.

Leipzig. 6.15 Gymnastik, Frühkonzert. 12.00 Lehar-Stunde (Schallplatten). 13.15 Berühmte Pianisten spielen Chopin (Schallplatten). 16.30 Konzert aus Hamburg. 20.00 Abendkonzert. 21.00 Nachrichten. 21.10 Abend der Komiker (aus Königsberg). 22.45—24.00 Tanzmusik.

Moskau. Komintern: 10.10 und 15.00 Konzert. 16.00 Kinderkonzert. 18.15 Konzert. Alte revolutionäre Lieder des internationalen Proletariats. 20.00 Unsere Schwierigkeiten (deutsch).

Jeder Arbeiter-Radiohörer abonniert den Arbeitersender

Wenn's keiner macht: **Oswald Machis** Hauptgeschäft **Rautenstr. 31** Ecke Döbelner Straße **und 2 Filialen** die vorteilhafte Einkaufsquelle für Leder- und Polster-Möbel

Die heimische Qualitätsmarke **Dorn's Seifen-Pulver „Krone"** für Wäsche und Haushalt

Kauft bei unseren Inserenten!

Achtung! Achtung! Feinstes Auszugmehl ....5 Pfund 1.10 RM. Gutes Weizenmehl, Marke „Weizenstern" 5 Pfund —.90 RM. **Dietz-Mühle Pirna-Jessen**

Unsere Spielwarenausstellung Meißen, Görnische Gasse 28 Abt. Hausstandsartikel empfehlen wir unseren Mitgliedern zur Besichtigung **Konsumverein Meißen eGmbH**

Licht- u. Kraftanlagen? erst Pasternak fragen! Gr. Brüdergasse 13, Tel. 27055

Annahme **Fel-** Gerberei Färberei Rehefelder Str. 21

Zigarrenabfall, prima Qualität.....250 g **75** Pfennig
Orientalischer Blattbruch .....100 g **40** Pfennig
Krüll-, Grob- und Feinschnitte zu konkurrenzlosen Preisen ab Fabrik
Tabakfabrik „Raucherquelle"
Verkauf ab Fabrik: Freiberger Straße 14, Hintergebäude. Weitere Verkaufsstellen Ziegelstraße 52, Eingang Rietzschelstraße; Meißnerstraße 7 und Grenadierstraße 1
● Ein Versuch überzeugt für immer! ●

7 Der Weg zum Kunden

Dresden

Kauft in der **Kosa-Schokoladenfabrik**
Verkaufsstellen in fast allen Orten Sachsens

Raucht konzernfreie handgepackte Zigaretten! Diese schaffen Arbeit und Brot!

Dresden-Striesen

KOHLENHANDLUNG Jos. Pfeil Laubestr., Ecke Geisingstr.

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Oswald Pabelt Schandauer Straße 79

Paul Geißler Cauerbyhrer Str. 38 Kolonialwaren Weine Spirituosen

Dr.-Altstadt **Dr.-Friedrich**

DASCH Sonnenschirm-Werkstatt Seebellstraße 16

Dresden-Leuben

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei August Köhler, Dieselstraße 35 Spez. Zieller-Brot

Lebensmittel Kolonialwaren Reinhard Reiche Dirnaer Straße 188

Fl. Fleisch- und Wurstwaren Max Bobbach Dirnaer Landstraße 183

Schützenhaus Oster Wirbel

Kauft bei den Inserenten

Zittau

Besuche die Schauburg-Lichtspiele Vorführung der neuesten Tonfilmschlager

Arno Knüpfer Niederlage Thams & Garis Hamburger Kaffeegroßrösterei Innere Weberstraße 38, Reichenberger Straße 48

Speisehaus Hackepeter und Wiener Café Täglich Kleinkunstkonzert von 16 bis 18 Uhr und von 20 bis 1 Uhr

fl. Fleisch- u. Wurstwaren E. Weil, Böhmische Str. 17

fl. Fleisch- und Wurstwaren R. Clemens Reichenberger Straße 91

Hornitz

Richard Böhmer Materialwaren / Kolonialwaren Getreidemühle, Vertrieb Zittau

4 Der Weg zum Kunden 4

Dresden

Ia Roggenbrot und Backwaren aller Art **Festgebäck, Ia-Qualität** erhältlich beim **Dresdner Bäckermeister!**

Hausfrauen! sehr praktisch und schön, kauft in den Geschäften von F. & V. **6 Prozent Rabatt!** **Ein- und Verkaufsverein** Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler eGmbH. Eigene Kaffeerösterei. Gegründet 1906

W. Kelling chem. Reinigung Färberei

Neustadt

ALFRED RENTSCH Markgrafenstraße 41 Billigste Bezugsquelle f. Leder all. Art. Lederzuschnitte, Lederwaren, Sportartikel, Schulterriemen, Koppel

GARDINEN Dekorationsstoffe Patentsprungrollos **R. Otto Thieme** Dresden-A., Frauenstraße 10 Billige Preise 12 % Eröffnungsrabatt!

Striesen

fl. Fleisch- u. Wurstwaren empf. **Art. Litsche** Altnoeberger Str. 20

Friedrichst.

NICOLAI Sport-Artikel Kleine Kirchgasse 1

Dresden-Löbtau

Käse sämtliche Sorten, stets frisch Eigene Herstellung **Joh. Richter** Cabenauer Straße Nr. 7

Lichtspiele Musenhalle

Löbtauer Kohlenhof Kohlen — Briketts Brennholz

Altstadt

ALT-BAYERN am Hauptbahnhof in Dresden **Das Haus der echt Münchner Spezialitäten**

Dobritz

Zschachwitz

Klotzsche Kohlen — Futtermittel **Georg Groß** Hauptstraße 12

Freital

Meißen

Molkerei Meißen empfiehlt alle Molkereiartikel

Kammer-Lichtspiele das größte Lichtspielhaus Meißens

Meißen-Triebischtal

Gersdorf „Feldschlößchen Gersdorf"

Heidenau **Reiner**

Großsedlitz Restaurant „Rosengarten"

Zschieren

Radeberg

Grumbach

Freiberg Gewerbehaus vorzüglicher Mittagstisch

Gottleuba

Nieder-Colmnitz

Pirna

Tharandt **Paul Wenzel** Lebensmittel

Pirna-Copitz **Pirna-Jessen**

Dohna Die Tropenschau

Pratzschwitz „Pratzschwitzer Mühlenbrot"

Wendischtähre

Königstein

Zittau

Diana-Saal Pethau Ausschank der beliebten Jentsch-Biere

Dampfmolkerei Zittau

Drogen . Farben . Photo-Haus MAX HANEMANN

Reichenau

Lobau

Neugersdorf-Philippsdorf

Neugersdorf

Cunewalde **Ernst Bläsche** Kolonial- und Gemischtwaren

Eibau

Seifhennersdorf

Kamenz Sparrenhaus **Arthur Gymatschke** Wettiner Straße 6 — **Kauft Kohlen bei H. Pettak**, Nordstr. 1b

Bischofswerda

Königsbrück

Bernstadt

Cossmannsdorf

Bretnig Trinkt Biere aus der Brauerei Bretnig

Arbeiterstimme

Nr. 267
6. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Ein Unternehmersyndikus,

der die Interessen des Verbandes der Metallindustriellen vertritt, er liefert den Fuchsschriften der Unternehmer und der bürgerlichen Scharfmacherpresse das Material zum Kampf gegen die Arbeiter.

Die Dresdner Volkszeitung brachte es fertig, dem Direktor Mitte vom Verband der sächsischen Industriellen eine ganze Seite für die Vertretung seiner scharfmacherischen Ansichten zur Verfügung zu stellen. Diese Tatsache zeigt die völlige Verlumpung der SPD-Presse, die sich freiwillig in den Dienst der Unternehmer stellt. Wie sie hier die Geschäfte der Unternehmer besorgt, so handelt sie auch bei Streiks der Arbeiter. Sie fordert bei Streiks offen zum Streikbruch auf und ermöglicht dadurch den Unternehmern den Lohnraub an den Arbeitern.

Nur die kommunistische Presse stellt sich rückhaltlos in den Dienst der um ihre Existenz kämpfenden Werktätigen. Sie zeigt den Weg aus Not und Elend, sie informiert dich über den Stand der Kämpfe. Sie setzt alles ein für den Sieg des Proletariats. In die Wohnung eines jeden Arbeiters gehört deshalb nur

die Arbeiterstimme und das Illustrierte Volksecho!

Vereinigt euch gegen Massennot

Eine Stunde Kommunalberatung im Dresdner Rathaus. Den Ausweg aus Not und Elend zeigt nur die KPD-Presse. Verstärkt die Werbung für die „Arbeiterstimme"!

Die sächsische Hauptstadt wird neben Millionären, pensionierten Generalen, Industriellen auch noch von nahezu hunderttausend Wohlfahrtsempfängern, Erwerbslosen, Rentenempfängern und Kurzarbeitern bewohnt. Zum großen Aerger des sozialdemokratischen Stadtrates Kirchhof, der in Dresden eifrig sozialdemokratische „Wohlfahrtspolitik" treibt. Die Wohlfahrtsempfänger kennen ihn bereits.

Die Kommunistische Partei hat eine Fürsorge- und Kommunalberatung eingerichtet. Die Stadtverordnete Genossin G. ist mit dieser Funktion betraut. Im Fraktionszimmer des Dresdner Rathauses und in der Redaktion der Arbeiterstimme finden die Beratungen zu bestimmten Zeiten statt. Eine Stunde werden wir uns im Sprechzimmer unserer Genossin aufhalten. Eine Stunde wird das Dresdner Elend vor uns aufmarschieren. Eine Stunde wird Hunger und Not sprechen und alle Säumigen mahnen.

Mutter — nicht aufhängen, kämpfen!

71 Jahre ist das Mütterchen, das zu unserer Kommunalberatung kommt. Auf zwei Krücken muß sie sich stützen, und mit dem Atem geht es auch nicht mehr recht, stockend beginnt sie zu erzählen — —

Es ist immer das gleiche grauenhafte Elend. Diese alte Frau erhält 25 Mark Wohlfahrtsunterstützung im Monat — 25 Mark! Ja und 35 Mark muß sie im Monat für Miete aufbringen. Kohlen, Lichtgeld usw. wird auch gebraucht.

Ein Ehepaar ist bei ihr auf Untermiete. Aber die alte Mutter weiß nicht mehr, wie sie von ihrer kärglichen Unterstützung leben soll. „Wenn Sie mir nicht helfen können," sagt sie zu unserer Kommunalberaterin, „hier, ich habe gleich den Strick zum Aufhängen mitgebracht". Dabei zieht sie einen Strick aus der Tasche — — — Wer das nicht glaubt, der möge sich selbst überzeugen. Die Frau heißt Minna Grundmann und wohnt Bischofsweg 66.

Ein „Paradies" in der „Hygiene"stadt

Auf der Eilenburger Straße 13 wohnt Frau Blüthchen mit ihrem Sohn. Beide sind arbeitslos und die 60jährige Frau bezieht eine dürftige Invalidenrente. In einer Wohnung, die eigentlich schon seit Jahren von der Baupolizei gesperrt wurde, hausen die beiden Menschen. Die Photos der Wohnhöhle haben dem Wohlfahrtsamt vorgelegen, bis jetzt ist allerdings noch keine Aenderung eingetreten. Die Decke, die überall abbröckelt, wird vom Küchenschrank gestützt, an der Wand befinden sich Wanzennester und im Fußboden sind Rattenlöcher. Für diese Behausung zahlt die Frau 17 Mark Miete. Das ist mitten im „Hygieneparadies" Dresden.

Der Fall des lungentuberkulosen Zeidler

Zeidler befand sich als schwer lungentuberkulös im Friedrichstädter Krankenhaus. Er beklagte sich über die schlechte Kost, die ihm als Lungenkranken nicht im geringsten kräftigte. Aber alles Klagen half nichts. Im Gegenteil — am 28. Oktober wurde Zeidler arbeitsfähig geschrieben. Zeidler stand ungeheilt auf der Straße. Zwei Tage belästigte ihn seine Schwester. Die Fürsorge aber nahm der Schwester beide Kinder weg, weil Zeidler mit seiner offenen Lungentuberkulose die Kinder gefährdete. Zeidler mietete sich darauf eine Kammer in der Hechtstraße 30, Seitengebäude, 2. Etage. Dort lag er hilflos acht Tage ohne Pflege, nur auf die Barmherzigkeit der Hausbewohner angewiesen, schwer krank danieder.

Der Fürsorgearzt Dr. Krone lehnte — wohl auf Geheiß des Fürsorgeamtes — eine Behandlung Zeidlers ab. Zeidlers Zustand verschlimmerte sich täglich. Er schleppte sich nur mühsam über die Straße, um essen zu gehen. Eines Tages mußte er mit 40 Prozent Fieber essen gehen. Als er wieder nach Hause kam, erbrach er das Essen, da sein Magen zu schwach war es zu verdauen. Das Fieber stieg. Zeidler machte den Versuch, sich Trinkwasser zu holen, dabei brach er zusammen und schlug sich die Backe auf. Die auf dem Tisch stehende Petroleumlampe geriet ins Wanken. Hinzueilende Hausbewohner verhüteten ein Unglück und schafften den Kranken ins Bett.

Die Kammer ist ungeheizt. Ein Stuhl, ein Tisch, zwei Betten und eine Kommode sind das einzige Mobilar — in diesem Raum hauste der schwer kranke Mann acht Tage lang. Schließlich mußte der Schwerkranke wieder nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Eure starke Waffe, die Arbeiterstimme!

Und so passieren unzählige Fälle, die diesen „Wohlfahrtsstaat" treffend charakterisieren. Arbeiter Ostsachsens, wer mobilisiert euch zum Kampf gegen solche Zustände? Nur eure revolutionäre Tageszeitung, die Arbeiterstimme! Verstärkt die Werbekampagne für eure Zeitung. Bringt sie mehr als bisher unter die Hausfrauen und Betriebsarbeiter. **Sorgt dafür, daß die Arbeiterstimme der organisierende und mobilisierende Faktor unter der ostsächsischen Arbeiterschaft wird.**

Genossinnen, eine Aufgabe für euch:

Gewinnt die Arbeiterfrauen für unsere Presse!

Gerade die Arbeiterfrauen sind es, die in vielen Fällen noch denken, Politik ist nichts für sie. Die Folge dieser Meinung, sie seien die bürgerlichen Pressefschwarten, von denen sie in geistiger Benebelung gehalten werden, die es darauf absehen, die Hirne der Arbeiterfrauen zu vernebeln. Unsere Aufgabe ist es, dieses Gift, mit denen die bürgerlichen Pressereptile die werktätigen Frauen [illegible] haben, unschädlich zu machen. **Die Arbeiterfrauen müssen für unseren Kampf gewonnen werden!** Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiterfrauen, auf die sich die Last der ungeheuren Not in ganz besonderem Maße legt, daß sie die wirklichen Gründe ihres unsäglichen Elends verstehen lernen. **Ein Mittel dazu ist unsere Presse.** Und hier stehen besonders den Genossinnen in der Durchführung der roten Pressekampagne gewaltige Aufgaben bevor. Sie können die besten Werber sein, weil sie mit Arbeiterfrauen diskutieren können, die heute noch ein Hemmnis haben, unsere revolutionäre Presse zu abonnieren.

Sehr oft kommt es vor, daß neugeworbene Abonnenten abspringen, weil wohl der Mann von der Notwendigkeit der Abonnierung der Presse überzeugt wurde, man aber die Arbeiterfrauen in die Diskussionen nicht mit einbezog.

Dem müssen wir vorbeugen bei der jetzigen Werbekampagne. Bei den Diskussionen in den Arbeiterwohnungen nicht nur mit dem Mann, sondern auch mit der Arbeiterfrau diskutieren.

Nehmt einen Fetzen irgendeiner bürgerlichen Zeitung, zeigt den Klassengenossinnen das darin enthaltene Gift, zeigt ihnen die Hetze gegen die Arbeiterschaft, beweist ihnen an diesen faschistischen Blättern, wie sie gegen die Arbeiterfrauen kämpfen, **und dann nehmt die Arbeiterstimme und zeigt ihnen, wie unsere Presse die Interessen der Arbeiterfrauen vertritt.**

Der Erfolg ist euch sicher!

Achtung, Genossen!

Wir verweisen hiermit noch einmal ausdrücklich auf die am Sonnabend erscheinende

Sondernummer der Arbeiterstimme.

Die Zeitung wird sich auf sozialpolitischem Gebiet grundlegend mit der sozialdemokratischen Gemeindepolitik auseinandersetzen. Sie muß deshalb in den Kreisen der Arbeiterschaft einen Massenumsatz erreichen. — Bestellungen zum Freiverkauf rechtzeitig einreichen!

Kauft die Sowjetunion den Zirkus Sarrasani?

Zwei Welten — zwei Systeme! In den kapitalistischen Ländern wirtschaftlicher und damit kultureller Niedergang — in der UdSSR sozialistischer Aufbau und verbunden damit kultureller Aufstieg!

Die russische Arbeiter- und Bauernregierung ist die einzige Regierung der ganzen Welt, in deren Budget von Jahr zu Jahr steigende Mittel für kulturelle Zwecke, wie Theater, Musik, Film usw. bereitgestellt werden.

Ein neuer Beweis:

Die Sowjetunion will den Zirkus Sarrasani erstehen!

In der gestrigen Pressebesprechung im Zirkus Sarrasani teilte Hans Stosch jr. in Vertretung seines Vaters mit, daß der Zirkus in Deutschland vor der Pleite steht. Am 24. November wird höchstwahrscheinlich die letzte Vorstellung stattfinden. Die Gehälter und die großen Aktiengesellschaften, wie z. B. die „Tonfilm", bestehen rücksichtslos auf Eintreibung ihrer Forderungen. Das Reichswirtschaftsministerium und ähnliche hohe Instanzen haben auf alle Unterstützungsgesuche nur die Antwort übrig: „Für derartige Dinge haben wir kein Geld übrig!"

Gleichzeitig teilte die Direktion der Presse mit, daß die Verhandlungen mit der Sowjetregierung so weit gediehen seien, daß noch in diesem Monat von Moskau mit einer definitiven Zusage zu rechnen sei.

Die bürgerliche Presse stellt größtenteils die Behauptung auf, die Sowjetregierung kaufe den Zirkus nur aus propagandistischen Gründen. Das ist eine gemeine Unterstellung. Natürlich ist der Zirkuskauf ein Beweis für den kulturellen Fortschritt in der SU, um so mehr, als Verhandlungen Stoschs mit anderen Staaten ergebnislos verlaufen sind. Aber für den Erwerb des Zirkus sind doch wesentlich tiefere Ursachen bestimmend, als seine Propaganda.

Lassen wir den Direktor Hans Stosch-Sarrasani selbst urteilen. In einem Interview mit einem Vertreter des bürgerlichen lateinamerikanischen Blattes „Diario de Noticias" vom 2. 11 1932 folgendes:

„Im heutigen Rußland gibt man außerordentlich acht auf die physische Erziehung. Daher das Interesse der Sowjets für den Zirkus, der ein Schauspiel der Stärke ist und die Beherrschung des Menschen über die Tiere in den Mittelpunkt stellt. Es wollen demnach die Sowjets dem Zirkus eine erzieherische Bedeutung geben. Außer der physischen Erziehung ist die Regierung des neuen Rußlands sehr darauf bedacht, den Massen gesunde Belustigungen zu bieten. In Moskau wurde schon deshalb ein „Stadium" gebaut mit einem Fassungsvermögen von 80 000 Zuschauern."

Das dürfte für die Werktätigen genügend Beweis dafür sein, daß die Handlungen der Sowjetregierung bestimmt werden von dem kulturellen Bedürfnis der russischen Arbeiterklasse. In Deutschland wird es ebenfalls in der sozialistischen Planwirtschaft möglich sein.

H. K.

Neuer Aufrüstungshetzfilm im UT

Proletarische Kulturorganisationen! Klassenbewußte Arbeiter! Protestiert in Massen gegen die offene Militärpropaganda der deutschen Bourgeoisie

Mit allen der Massenbeeinflussung dienenden Mitteln bereitet jetzt die deutsche Bourgeoisie die Aufrüstungs- und Kriegshetze. Unaufhörlich wird den Massen durch Kino, Radio, Theater, Kabarett, Presse die Notwendigkeit des Wehrgedankens eingehämmert, teils durch offene, teils durch raffiniert versteckte Propaganda. Die gefährlichste Art sind die sogenannten Militärhumoresken. Mit Komik, Ironie und Witz wird der brutale dem Klasseninteresse der Bourgeoisie dienende Militarismus frisiert und den Massen schmackhaft gemacht.

Ein derartiges Hetzproduckt, mit besten schauspielerischen Kräften besetzt, läuft ab heute im UT, Waisenhausstraße unter dem Namen „Annemarie, die Braut der Kompanie". Dieser harmlose Titel, einem bekannten Soldatenlied entnommen, ist das Zug- und Lockmittel, hinter dem sich die offene Militärpropaganda abspielt. Mit „Kasernenhofwitz" fängt es an, geht über verschiedene komische Zwischenfälle bei denen das Soldatenliebchen die Ablenkungsrolle spielt, hinweg und plötzlich rauscht die Kaiserparade (in voller Friedenskostümierung) auf dem Tempelhofer Feld im Stechschritt mit hohen und höchsten Herrschaften (in original-kaiserlichen Equipagen) vorüber. Während sich bis jetzt der Militarismus in ähnlichen Filmen nur auf Personen konzentrierte, ist man in diesem Film zur offenen Massenpropagierung der Uniform mit allem Blechgerassel übergegangen. Die deutsche Bourgeoisie fühlt sich heute bereits sicher genug, gestützt auf ihre national- und sozialfaschistischen Hauptstützen, die Militarisierung offen in den breitesten Massen zu popularisieren. **Darum heißt es für alle klassenbewußten, revolutionären Kräfte, die Absichten der Bourgeoisie und ihrer Lakaien durch breiteste Massenaufklärung über die wahren Ursachen des Wehrgedankens und der Kriegslüsternheit zu nichte zu machen.**

Mi.

Dresdens Garnison „kurbelt" an

Die Dresdner Nachrichten bemühen sich ihren Lesern klarzumachen, daß die Dresdner Garnison die sächsische Wirtschaft ankurbelt. Eine Truppe von etwa 5000 Mann und 1600 Pferden wird in den Dresdner Kasernen beherbergt. Nun bemüht man sich, zu beweisen, daß der Rüstungsetat wirklich nicht zu hoch sei, wie das die Kommunisten immer behaupten und wenn schon, daß er dann dem Allgemeinwohl zugute komme. Die gesamten Verpflegungs- und Bedarfskosten werden vorgerechnet und schließlich hat der Schreiber auch einmal ein paar Malerlehrlinge am Kasernentor gesehen und spricht von Belebung der Wirtschaft. Auf etwa anderthalb Millionen Mark monatlich belaufen sich die Gesamtausgaben der Dresdner Garnison. Mit diesem Geld könnte man aber ganz andere Arbeit für das Allgemeinwohl leisten, daß diesen Herrschaften angeblich so am Herzen liegt. Schon jahrelang liegt der Wohnungsbau brach, für diese dringenden Ausgaben, die den Aermsten Dresdens zugute kommen sollen, ist natürlich kein Geld vorhanden. Von der ungeheuren Zahl der Dresdner Erwerbslosen wird überhaupt nicht gesprochen, denn das die von der „militärischen Wirtschaftsbelebung" erfaßt werden sollen, ist wohl selbst diesen Schreiberlesen zu dumm. Aber man höre, die Fremdenindustrie wird angeblich gehoben, denn Offiziere, die hier ausgebildet wurden, hätten doch hin und wieder das Bedürfnis, ihre alte Garnisonsstadt zu besuchen. (Wir glauben, daß Offiziere mitunter noch ganz andere Bedürfnisse haben.) Natürlich kommen die Dresdner Nachrichten zum Schluß darauf, daß alle Not ein Ende hätte, wenn Deutschland wieder wie einst ein Heer und eine Flotte besäße. Das sollte ja auch der agitatorische Zweck dieses Berichtes sein.

Die Dresdner Arbeiter wissen, daß auch in Dresden die Kommunalpolitik erheblich gebessert wird. Aber die Dresdner Proleten haben ja eine „belebende Garnison" die ihr Geld frißt. Sie werden diese Schmarotzer zu entfernen wissen.

Veranstaltungen für Erwerbslose, Invaliden, Kriegsbeschädigte, Rentner, Witwen usw. und deren Angehörige in der Woche vom 21. bis 27. November: Volksvarietevorstellungen der Interessengemeinschaft engagementsloser Artisten. Mittwoch: Waxies Etablissement. — Donnerstag: Dreikaiserhof, Löbtau. — Freitag: Hammers Hotel, Striesen. — Sonnabend: Stadt Amsterdam, Leubnitz. — Einlaß 19 Uhr, Anfang 20 Uhr. — Sonntag: Gasthof Wölfnitz, (2 Vorstellungen), Einlaß 15 und 19 Uhr, Anfang 16 und 20 Uhr. In der Nachmittagsvorstellung jede erwachsene Person ein Kind frei. — Bei Benutzung unserer Vorzugskarten außer dem geringen Unkostenbeitrag noch eine Preisermäßigung. Man verlange beim Erwerbslosenausschuß und in sämtlichen Lebensmittelgeschäften usw. in der Nähe der betreffenden Säle unsere Vorzugskarten.

Aus Schwermut in den Tod

Gestern Vormittag wurde eine auf der Lindengasse wohnhafte 50jährige Kantineninhabers-Ehefrau in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden. Grund: Schwermut.

Im Tempo des Verkehrs

Gegen 14 Uhr stürzte gestern am Hauptbahnhof ein 22 Jahre alter Markthelfer mit seinem Fahrrade so unglücklich, daß er eine leichte Gehirnerschütterung und Verletzungen am rechten Arm erlitt.

Auf der Pillnitzer Landstraße stürzte ein 23jähriger Motorradfahrer aus Birkwitz beim Ausweichen eines Straßenbahnzuges und zog sich eine Gehirnerschütterung und Verletzungen am Kopfe zu.

Ein 45jähriger Weichenwärter fuhr gestern abend mit seinem Fahrrad gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 18. Er war angetrunken gewesen und unsicher gefahren. Er erlitt Verletzungen am Kopf und rechten Arm.

In der Knochenmühle der Arbeit

Gestern nachmittag kam ein Tischler in einem Betrieb auf der Kieseer Straße mit der Hand in die Fräsmaschine. Er erlitt schwere Verletzungen.

Die Roten Raketen spielen

zum 2. roten Pressefestabend am 24. November in Hammers Hotel, Augsburger Straße. Beginn 19 Uhr.

Weiße Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Verläßlich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Massenmobilisierung gegen das Chemnitzer Todesurteil!

Steigert den Massenkampf zur Rettung des Arbeiters Barti

Eine tiefe Welle der Empörung geht durch die deutsche Arbeiterschaft über dieses Schreckensurteil des Chemnitzer Schwurgerichtes. Man halte sich einmal die Tatsachen vor Augen: Der eigentliche Täter ist nicht aufzufinden, das Gericht stellt fest, daß Barti höchstens als Mittäter in Frage kommt. Barti gibt vor Gericht an, daß sie angegriffen seien. Die Zeugen müssen das vor Gericht bestätigen. Trotzdem wird das Todesurteil ausgesprochen.

Daß Barti als Täter nicht in Frage kommen kann, wollen wir an Hand folgender Zeitungsnachrichten beweisen: Der Freiheitskampf, der sich in seiner Ausgabe vom 18. 11. 32 darüber aufregt, daß wir gegen dieses Schreckensurteil die Arbeiterschaft mobilisieren und das Verbot des Kämpfers verlangt, schreibt am 6. 8. 32 zu den Vorgängen wie folgt:

„Die anwesenden Parteigenossen und mit ihnen Krebeck drangen nun nach dieser Windfangtüre zu vor. Plötzlich wurde eine Scheibe der Windfangtüre zerschmettert und ein Arm mit einem Revolver sichtbar. In diesem Augenblick wurde durch die zerschmetterte Glasscheibe aus dem Innenraum des Lokals heraus ein Bierglas nach dem Bedroher geschleudert, das ihn auch am Kopfe verletzte. Krebeck stürzte sich nun auf diesen Arm, der immer noch mit dem Revolver die Anwesenden bedrohte, drehte die Pistole nach oben und konnte so den einen Verbrecher unschädlich machen. Während er den Arm des Halunken in eiserner Umklammerung hielt, krachte von der Ladentür aus ein Schuß. Krebeck brach nun, in die linke Schläfe getroffen, schwer verletzt zusammen . . .

Nachdem sich Krebeck in seinem Blute wälzte, ergriffen die Täter die Flucht. Derjenige, der durch das Bierglas verletzt worden war, wurde kurze Zeit darauf in der Nähe des Lokals festgenommen . . . Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen Tschechen namens Barti . . .“

Aus dieser Darstellung des Freiheitskampfes geht klar und einwandfrei hervor, daß Barti niemals der Täter sein kann, da er ja, nach der Darstellung des Freiheitskampfes, durch Krebeck unschädlich gemacht worden sei.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten vom 6. 8. 32 schreibt zu **diesem Vorfall wie folgt:**

„. . . Einer der beiden Männer blieb in der Gaststube, während der andere sich mit der schußbereiten Waffe in der Hand hinter die Windfangtür zurückzog. Während ein Teil der Nationalsozialisten die Hände hoch hielt, schlug Krebeck den in der Nähe stehenden Revolverhelden die Waffe aus der Hand. In dem gleichen Augenblick fiel von der Windfangtür des Lokales ein Schuß, der Krebeck in den Kopf traf und tötete.“

Diese Darstellung der Leipziger Neuesten Nachrichten bestätigt nur die Meldung des Freiheitskampfes, zumal ja der festgenommene Barti eine Kopfverletzung hatte, also nur der Mann sein kann, der nach der Darstellung der Leipziger Neuesten Nachrichten unschädlich gemacht wurde.

Am 7. 8. 32 bringt die Leipziger Neuesten Nachrichten einen Bericht des Chemnitzer Polizeipräsidiums, in dem es wie folgt heißt:

„Ein anderer Gast, der 31jährige Dentist Krebeck, hat nun versucht, dem einen Kommunisten die Waffe zu entwinden und ist hierbei von dem zweiten Kommunisten, der sich in der Nähe der Tür zurückgezogen hatte, durch Kopfschuß getötet worden.“

Auch die übrigen Zeitungsmeldungen müssen diese Darstellungen bestätigen.

In der Gerichtsverhandlung mußte dies festgestellt werden und Barti wurde auch nur als Mittäter und „Anstifter“ zum Tode verurteilt. Bezeichnend für die Einstellung des Gerichtes waren die Ausführungen des Gerichtsvorsitzenden Schaffrath, der zu dem Angeklagten wiederholt sagte: „Sie scheinen sich nicht **darüber klar zu sein, daß Sie zum Tode verurteilt werden können.“**

Dieses Schreckensurteil, das zum ersten Male gegen einen Antifaschisten in Deutschland gefällt wurde, bedeutet deshalb eine ungeheure Provokation der Arbeiterschaft und richtet sich ausschließlich gegen die werktätigen Massen!

Nationalsozialisten haben Arbeiter ermordet, haben Bombenattentate und Feuerüberfälle organisiert und durchgeführt, haben systematisch Terrorfeldzüge gegen ihnen unbequeme politische Gegner organisiert — was ist ihnen passiert? Wo man gerade mal einen erwischt hatte, bekam er lächerlich geringe Freiheitsstrafen oder wurde freigesprochen. Wo hat die Klassenjustiz mit solcher Schärfe eingegriffen, wenn es galt, nationalsozialistische Arbeitermörder zu verurteilen?

15 Nazimorde in Sachsen

Seit dem Jahre 1930 bis November 1932 sind in Sachsen 15 Arbeiter von Nazis ermordet worden!

1. Willy Gerschler, Glauchau, ermordet am 15. Juni 1930 durch Nazis. Gerschler war mit mehreren Genossen auf der Straße Glauchau—Reinholzgrün bei der Flugblattverteilung. Die Braunhemden organisierten einen hinterhältigen Ueberfall; dabei stach der Nazibandit Steger den Genossen Gerschler mit einem Dolch in den Hals und verletzte die Lunge. An dem Ueberfall beteiligten sich etwa 70 Nazibanditen, die sich in einem Kornfeld versteckt hielten und auf ein Signal hin herausstürzten. Fünf weitere Genossen erhielten bei dem Ueberfall schwere Stichverletzungen. Unter Anklage wurden aber nicht die nationalsozialistischen Arbeitermörder, sondern fünfzehn revolutionäre Arbeiter gestellt, die zum Teil schwere Strafen erhielten.

2. Johannes Franke, Leipzig, ermordet am 16. Juni 1930 durch Nazis. Ein Trupp der antifaschistischen Jungen Garde sowie Partei- und Jugendgenossen befanden sich zur Landagitation in Eythra bei Leipzig. Der Ort wurde von den Faschisten, unter Führung des Leipziger Stadtverordneten Ketchel, regelrecht überfallen. Die Faschisten befanden sich in siebenfacher Uebermacht und schlugen mit Latten, Knüppeln, Totschlägern, Schlagringen, stachen mit Dolchen und bombardierten mit einem Hagel von Steinen. Es entspann sich eine regelrechte Straßenschlacht, die über eine Stunde dauerte. Der Genosse Franke wurde von den übrigen abgetrennt und buchstäblich erschlagen. Selbst die Leiche wurde noch mit Fußtritten bearbeitet. Eine ganze Anzahl unserer Genossen wurde schwer verletzt in das Krankenhaus übergeführt. Vorher hatten die Nazibanditen bereits in Schwenkau, Seebinnitsch und Marktranstädt wie die Wilden gehaust, wobei sie zahlreiche Fensterscheiben zertrümmerten und auch SPD-Arbeiter verprügelten. Eine Reihe revolutionärer Arbeiter erhielt dafür längere Strafen.

3. Martin Hermann Greh, und 4. Kurt Adolf Hummel, beide aus Plauen, ermordet am 29. November 1930 durch Nazibanditen. Die Rote Hilfe hielt in Plauen eine Versammlung ab. Als die Arbeiter nach Hause gingen, lauerten ihnen die Nazikrolche auf und ohne irgendeinen Wortwechsel schoß der Naziführer Georg Spengler, der Anzeigensammler und Abonnentenwerber der Naziprosse war, den Genossen Hummel nieder. Spengler und sein Begleiter Schneider liefen nach dem Schuß davon. Sie wurden von Arbeitern verfolgt. Ein Schutzmann, der zehn Meter davon stand, rührte sich nicht von der Stelle. Während der Verfolgung drehten sich die Mörder noch einmal herum und schossen den Arbeiter Greh nieder. Dann flüchteten sie in einem Auto nach dem Büro der Mörderpartei. Beide Genossen sind ihren Verletzungen erlegen. Sie waren Arbeiterpartei- und Funktionäre der Roten Hilfe. Gegen den Nazi Spengler wurde die Anklage wegen Mordes fallen gelassen. Er erhielt wegen verbotenen Waffenbesitzes drei Monate Gefängnis.

5. Kalbas, Zittau, ermordet von Nazis am 23. Februar 1931 bei einem planmäßigen Ueberfall der Nazis auf Arbeiter.

6. Karl Radtke, Chemnitz, parteilos, am 11. April 1931 von einem Stahlhelmer erschossen. Der Stahlhelmmann Otto, Chemnitz, schießt am hellen Tage ohne irgendwelche Zusammenstöße den Arbeiter Karl Radtke nieder, der eben aus seiner Wohnung auf die Straße kam. Die Arbeiter entwaffneten den Stahlhelmer und übergaben ihn der Polizei, wo man noch einen Revolver mit Munition vorfand. Der Stahlhelmer wurde nicht wegen Mord unter Anklage gestellt, sondern erhielt die lächerliche Gefängnisstrafe von drei Monaten wegen unerlaubten Waffentragens.

7. Ernst Wagner, Pirna, Mitglied der KPD, erstochen von Nazis am 24. Juni 1931. In Pirna führten die Nationalsozialisten organisierte Mordüberfälle gegen heimkehrende Arbeiter, die von Versammlungen kamen, durch, und bei diesen Zusammenstößen wurde der Arbeiter Ernst Wagner viehisch mißhandelt und von den Nazis erstochen.

8. Oskar Flade, Borstendorf im Erzgebirge, erschossen von Nazis am 18. August 1931. Auf dem Wege nach seiner Wohnung wurde in der Nacht der Arbeiter Flade von Nationalsozialisten überfallen und ohne irgendwelche Zwischenfälle niedergeschossen.

9. Arno Wolf, Riesa, Mitglied des Reichsbanners, erstochen von den Nazis am 3. November 1931. In Riesa wurde auf bestialische Art und Weise der Reichsbannerarbeiter Wolf durch zahlreiche Messerstiche abgeschlachtet. 7 Nazis waren an diesem Ueberfall beteiligt. Nachdem hier einige Nazis unter Anklage gestellt wurden, wurden sie zu lächerlich geringen Strafen verurteilt. Der Haupttäter erhielt 2 Jahre 4 Monate Gefängnis, während die übrigen Angeklagten zu 7 bis 13 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

10. Arno Förster, Niederfrohna bei Limbach, parteilos, erstochen von Nazis am 9. März 1932. Der berüchtigte Limbacher Mordsturm organisierte in der Umgebung von Limbach in den Arbeiterorten planmäßige „Straßenexpeditionen“ gegen revolutionäre Arbeiter. Bei diesen Zusammenstößen wurde der Jungarbeiter Arno Förster von der braunen Mordpest erschossen. Die Brüder des Genossen Förster, Kurt und Walter Förster, wurden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie ihrem überfallenen und ermordeten Bruder zu Hilfe eilten.

11. Rudolf Marek, Chemnitz, Mitglied des Jungbanners, erschossen von Nazis am 26. Juni 1932. Genosse Marek wurde in Rußdorf, wohin er mit seinen Kameraden einen Ausmarsch gemacht hatte, von 25 SS-Leuten überfallen. Genosse Marek war sofort tot; er war 17 Jahre alt. Die Chemnitzer Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die nationalsozialistischen Mörder des Jungbannermannes Marek eingestellt, da sich angeblich nicht mehr ermitteln lasse, wer die Mörder seien. Dafür aber stehen 18 Antifaschisten aus Rußdorf und Umgegend unter Anklage und sollen in der nächsten Zeit schwere Strafen erhalten.

12. Willy Thoß, Plauen, Mitglied der KPD, am 10. Juli 1931 von Nazis erschossen. 300 Nationalsozialisten überfielen 16 Kommunisten, die von einer Wahlversammlung nach Haus kehrten. Hinterhältig wurde dabei Genosse Thoß erschossen.

13. Erich Rückborn, Großzössen, parteilos, erstochen von Nazis am 28. Juli 1932. Einige Arbeiter aus Großzössen führten am Abend Landpropaganda zur Reichstagswahl durch und wurden auf dem Nachhausewege überfallen. Ohne einen Wortwechsel stach der Nazi Gottfieder den Arbeiter Rückborn mit einem 30 Zentimeter langen Stilett in die Brust. Er war sofort tot.

14. Kurt Böhme, Leutzsch bei Coldiz, Mitglied der KPD, erschossen von Nazis am 31. Juli 1932. Am Wahlsonntag hatten sich Hunderte von Arbeitern im Tiergarten Coldiz eingefunden, um Wahlresultate durch Lautsprecher zu hören. 23.30 Uhr erfolgte ein Ueberfall von 100 Nazis, die 50—60 Schüsse auf die Arbeiter abgaben. Der Parteigenosse Kurt Böhme erhielt einen Bauchschuß und verstarb wenige Minuten darauf. Man verhaftete nicht die Nationalsozialisten, sondern 38 Arbeiter.

15. Willy Schedenhämer, Burgstädt, Mitglied der KPD, erschossen von Nationalsozialisten bei einem Ueberfall auf das JUH-Büro in Burgstädt am 5. November. Der Genosse ist nach einer schweren Operation an den Verletzungen, die er durch den Ueberfall der Nationalsozialisten erhielt, im Krankenhaus gestorben.

Heraus mit Barti und allen proletarischen politischen Gefangenen

Die revolutionäre Arbeiterschaft weiß, daß sie mit den Methoden des individuellen Terrors nicht dieses kapitalistische System beseitigen kann und lehnt derartige Einzelakte ab. Aber mit allen Mitteln wird die Arbeiterschaft den Kampf gegen ein solches Urteil führen.

Einwandfrei steht fest, daß Barti nicht der Täter ist. Der Kampf muß deshalb mit aller Energie um die Aufhebung dieses Urteils geführt werden. Eine Reihe von Betrieben und Massenorganisationen haben zu diesem Urteil bereits Stellung genommen und Protestentschließungen und Resolutionen an das sächsische Justizministerium abgesandt. Die Bewegung muß breitste Kreise erfassen.

In allen Betrieben müssen solche Protestentschließungen angenommen werden, müssen Beschlüsse gefaßt werden, um durch Proteststreiks den Willen der Betriebe zum Ausdruck zu bringen, gegen ein solches Schreckensurteil mit allen Mitteln zu kämpfen.

Eine von der Roten Hilfe für den 18 November einberufene Betriebsrätekonferenz für Chemnitz, die zu diesem Schreckensurteil Stellung nehmen sollte, wurde polizeilich verhindert.

Jetzt muß die Arbeiterschaft erst recht alle Formen der Massenbewegung benutzen, um die Aufhebung dieses Todesurteils zu erreichen.

Die Rote Hilfe hat durch ihren Rechtsanwalt Dr. Breier, Chemnitz, Revision gegen dieses Urteil eingelegt. Der Kampf der Roten Hilfe gegen den Justizterror muß von allen Werktätigen unterstützt werden. Jeder Arbeiter muß in der heutigen Zeit Mitglied der Roten Hilfe sein und mit ihr den Kampf gegen faschistische Unterdrückung und Justizterror, gegen den barbarischen Strafvollzug, für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen führen und das Solidaritätswerk zugunsten der Opfer dieses Terrors und ihrer Angehörigen unterstützen!

Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen!

Genossenschaftler protestieren gegen Beschlüsse der 19. Vertreterversammlung

Die am 19. November in Braunsdorf von zirka 200 Mitgliedern besuchte Genossenschaftsversammlung der 71. Verteilungsstelle nahm Stellung zu den Beschlüssen der 19. Vertreterversammlung. Nach erregter Aussprache wurde folgende Entschließung gegen 12 Stimmen angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der 71. Verteilungsstelle protestiert gegen die Beschlüsse der 19. Vertreterversammlung. Die Versammelten sehen in den Beschlüssen, die ohne Beteiligung der breiten Mitgliedschaft zustande kamen, eine Verhöhnung der proletarischen Mitglieder. Während auf der einen Seite keine Barauszahlung der Rückvergütung erfolgt, wird ein viertes Vorstandsmitglied neu gewählt.

Die Versammlung fordert Auszahlung der Rückvergütung und dafür Sparmaßnahmen im Verwaltungsapparat!

Die Genossenschaft kann nicht gesunden durch Anteilserhöhung oder Nichtauszahlung der Rückvergütung, sondern nur durch das Vertrauen der Werktätigen, das zurückgewonnen wird durch revolutionäre Genossenschaftspolitik.“

Bezeichnend war, daß der reformistische Vertreter Jahnke die Beschlüsse der Vertreterversammlung ablehnte, aber auch bei der Abstimmung über die Entschließung dagegen stimmte.

Achtung! Bundestreue Schachspieler!

Am kommenden Freitag, dem 25. November, trägt die Schachabteilung von 1885 und DSV in Mittels Restaurant „Zur Reuter“, Ecke Helgolandstraße, einen Solidaritätswettkampf gegen die bundestreuen Gruppen Plauschen, Neustadt und Leipzigervorstadt aus. Das ist ein Beispiel der wirklichen, proletarischen roten Einheitsfront.

Wo das Kapital lebt, kann der Friede nicht leben!

Der Völkerbundspalast in Genf sollte eine neue Zeit einläuten: die Friedenstaube aufgespießt auf dem Bajonett. Die letzten Ereignisse haben in der ganzen Welt ein spöttisches Echo wachgerufen. Genf — die Friedenstruppe des Weltimperialismus, der Sitz des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz — wurde eine Stätte des blutigen Klassenkampfes. Ein weltgeschichtliches Symbol des endgültigen Bankrotts der pazifistischen Phrase, die 14 Jahre lang der imperialistischen Weltpolitik als Kulisse diente. Wer besser als John Heartfield konnte diesen Bankrott darstellen. Die AIZ bringt neben drei Seiten aktuellen Bildberichten über die Vorgänge in Genf als Titelblatt eine Fotomontage: die Friedenstaube aufgespießt auf dem Bajonett, und auf dem Hintergrund den in Erscheinung tretenden Völkerbundspalast mit der Roten-Kreuz-Fahne, durch die das Hakenkreuz schimmert.

„Heitere Geschichten aus der neuen Schule“

Bruno Georg Münch, der Verfasser des Buches „Mein fröhliches Büchlein“, erzählte auf einem Werbeabend des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker aus der neuen Schule. In unterhaltender Art zeigte er, wie heute die moderne Pädagogik den Kindern das Wissen im Spiel vermittelt. Mit Schrecken nahmen wir uns daran, wie wir etwa Grammatik oder Mathematik eingepaukt bekamen. Aber Münch vergaß das Wichtigste. Er zeigte nicht, daß der kapitalistische Kulturabbau der Feind einer modernen pädagogischen Arbeit ist. Ein Vergleich des Schulwesens Rußlands mit dem Deutschlands hätte erst ein richtiges Bild vermittelt. Denn Erziehung ist kein Selbstzweck, sondern Erziehung wozu und wofür ist das Entscheidende. Und diese Frage muß klassenmäßig beantwortet werden. Da das nicht geschah, blieb Münchs Vortrag ein zwar instruktives, aber nur heiteres, unverbindliches Geplauder, statt einer Kampfansage an den Kulturfaschismus. E.

„Schneeweißchen und Rosenrot“

Mit diesem Märchen eröffnet das Central-Theater den Reigen allweihnachtlicher Aufführungen für Kinder. Wie zu Urururgroßmütterzeiten jetzt man den Kindern immer wieder die Dummheiten vom verwunschenen Prinzen u. ä. vor. „Kinder wollen doch Phantasie!“, so hören wir schon die Spießer jetzern. Erich Kästners „Emil und die Detektive“ (das zwar gefährliche klassenversöhnlerische Tendenzen hatte) kann diesen Leuten aber zeigen, wie man kindliche Phantasie und reales Leben sinnvoll vereinen kann. Aber das Sinnvolle soll ja gerade vermieden werden. Bunter, fauler Zauber, recht farbenprächtig aufgemacht, und ein paar Tropfen Moralsäure (weil Schneeweißchen so brav und fromm war, bekommt es auch einen Prinzen), das ist hier richtige Mischung, die das kindliche Hirn braucht, um das Denken zu verlernen und ein braver, ruhiger, anspruchsloser Staatsbürger zu werden. —mm—

„Napoleon und Bonaparte“

(Neuaufführung im Albert-Theater)

Der sich hinter dem Namen P. ten Brink verbergende Autor nennt sein Stück recht anspruchslos eine „Paraphrase um den Korsen“. Er gibt so etwas wie eine neue Geschichtsdeutung durch einen Wust unsinniger und unverständlicher Phrasen. Sterbensterei und Hellseherei ist heute sehr modern und da den Bürgern das geschichtliche Geschehen ein Buch mit sieben Siegeln, ein sinnloses Spiel des Schicksals ist, umgibt Herr ten Brink den Korsen mit allerlei mystischem Klimbim, läßt sein zweites Ich als Golem in Napoleonmaske auftreten und dem Kaiser der Franzosen, der den russischen Feldzug (1812) unternimmt, läßt er seine zweite Idee der Eroberung des Orients gegenübertreten. Und an der Leiche des toten Napoleons auf St. Helena verkündet der Golem-Napoleon, daß sein Plan der Eroberung Indiens der Welt den Frieden gebracht hätte. Warum? Das wird Herrn ten Brinks bzw. des Golems ewiges Geheimnis bleiben. Das einzig Interessante an diesem Mißgriff des Albert-Theaters (es ist nebenbei nicht der einzige) waren die stilisierten, fast das Albert-Theater verblüffend unkonventionellen Bühnenbilder Kämmerlings. Die schlechten schauspielerischen Leistungen kamen nur zum Teil auf Konto des Stückes. Es wurde gebrüllt, als wenn es einen Angriff auf die Trommelfelle der Zuschauer geben sollte. Lothar Koerner, der Golem, war zwar unerträglich pathetisch, versuchte aber wenigstens seine Rolle geistig zu erfassen. Karl Lamberlin unternahm nicht einmal den Versuch (Napoleon). Er erledigte mit großem Stimmenaufwand und großer Geschwindigkeit sein Pensum. Die einzige schauspielerische Leistung, die hoch über dem Spiele der anderen stand, war der Talleyrand Max Jähnigs. —mm—

„350 Frauen“

Albert-Theater. Hans und Johanna von Wetzels Lustspiel ist der übliche „Lustspiel“-Schwarten, der aus allerlei dummen Verwirrungen und Verirrungen bis zum Happyend zusammengeschustert ist. Zwischendurch verabreicht man eine Prise „tiefere Bedeutung“ vom Kampf der Frauenrechtlerinnen gegen „doppelte Moral“ und den Sieg der Männer über diese. „Denn Gott ist ja schließlich auch ein Mann.“ Die ganze Problematik, wenn man von einer solchen überhaupt reden kann, ist schwülstig, bzw. braunste Reaktion. Die Darsteller, Charlotte Ulrich, Alice Weymuth, Gretel Fiedler, Hans Ulrich und Hans Girnik hatten nicht viel Mühe, ein anspruchsloses Publikum zum Lachen zu bringen und manchmal sogar durch recht überflüssige Mätzchen, die dem Spielleiter Bernhard Müllberg zuzurechnen sind, zu Sonderbeifall hinzureißen. —mm—

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

RGO

Der Verrat am Berliner Verkehrsarbeiterstreik

Ungeheuerliche Geständnisse der SPD-Führer

Tumulte in der Berliner SPD-Vorständekonferenz. Sagt es allen sozialdemokratischen Arbeitern!

Am Donnerstag, dem 17. November, fand in Berlin eine Konferenz der sozialdemokratischen Abteilungsvorstände statt, die zum Verkehrsstreik Stellung nahm. Da der „Vorwärts", wie das in der SPD-Presse üblich ist, einen verlogenen Bericht brachte, sind sozialdemokratische Arbeiter an unser Zentralorgan „Die Rote Fahne" herangetreten und berichteten dort über den wahren Verlauf der Konferenz. Es stellte sich heraus, daß Wut und Zorn der SPD-Mitglieder derartige Wellen schlagen, daß sogar die Abteilungsvorstände gezwungen waren, sich mit scharfer Kritik und wuchtigen Anklagen gegen ihre Führung zu wenden. Vor allem gilt es auch die zynischen Geständnisse der SPD- und Gewerkschaftsführer jedem Arbeiter bekanntzugeben.

Ueber den BVG-Streik referierte der zweite Vorsitzende des Gesamtverbandes, Schaum:

„Die Notverordnung Papens band uns die Hände. Der Bundesvorstand erklärte sich außerstande, dagegen vorzugehen.

Am Donnerstag fuhren wider Erwarten keine Bahnen, obwohl genug arbeitsbereite Leute da waren (Zwischenruf: Traurig genug!). Der Streik war nicht von der BVG gemacht, sondern von den politischen Parteien als Wahlmanöver

Wir konnten uns nicht beteiligen, da wir als Gewerkschaften an gesetzliche Dinge gebunden sind (Sehr laute und anhaltende „Aha"-Rufe).

Nun erklärte sich die Müllabfuhr solidarisch und es bestand die Gefahr (!), daß die Gasgesellschaft sich anschließen würde und dann die Gefahr eines allgemeinen Streiks aufgetaucht wäre. Dann würden unsere Arbeiter in den städtischen Betrieben nicht mehr zu halten gewesen sein.

An dieser Stelle kam es zu lauten Zwischenrufen: „Aha, ein allgemeiner Streik war also doch möglich! Ihr habt es doch immer abgestritten!"

Schaum, fortfahrend: Der „Vorwärts" hat immer objektiv und ziemlich genau berichtet.

Schaum kann vorerst nicht mehr weitersprechen, ein solcher Heiterkeitssturm bricht aus. In der Diskussion spricht der

Vorsitzende der Berliner SAJ, Erich Schmidt:

„Die Gewerkschaften hatten gar keine Uebersicht über die Stimmung der BVG-Belegschaft.

Da bringt der „Vorwärts" doch diesen unglaublichen, empörenden Bericht,

in der Direktion rechne man nicht mit Streik. Was kümmert ein Arbeiterblatt, womit die Direktion rechnet?

Der Gesamtverband hatte die Verpflichtung, zum Streik aufzurufen. **Es ist eine Ungeheuerlichkeit, über die Berechtigung des Streiks zu diskutieren und, wie der „Vorwärts", zu erklären, daß andere Arbeiter noch weniger verdienen. Es muß endlich Schluß sein mit dem Lohnabbau.**

Wenn die Direktion gesehen hätte, daß die Gewerkschaften es mit dem Streik und seiner Ausdehnung ernst meinen, dann hätte sie gewiß nachgegeben. Die Gewerkschaften lehnen ab, weil der Streik politisch war? Jeder Streik ist jetzt politisches Kampfmittel, mit dem wir die Reaktion bekämpfen müssen und können."

Ehrmann von der 70. Abteilung

„Welche Rolle hätte der BVG-Streik im politischen Kampf gegen die Reaktion spielen können, wenn die Gewerkschaften sich dahinter gestellt hätten. (Zurufe: Sehr richtig!)

Diese Bewegung ist nicht eine Wahlmache der KPD gewesen.

Jedenfalls ist bewiesen, daß Streiks in der Krise doch möglich sind."

Schwarz von der 23. Abteilung

„Das Verhalten des Verbandes war katastrophal. Kein Wort der Kritik ist scharf genug. Der Verband hat keinerlei Ahnung von der Stimmung der Belegschaft. Wie kam er dazu, die Leute aufzufordern, sich zur Arbeit zu melden? Der Verband ist nicht verpflichtet, die Leute zur Arbeit zu schicken, wenn er schon den Streik nicht führen wollte."

Günther, Neukölln:

„Die ganze Abstimmung durch die Gewerkschaften war eine Farce, wenn man von vornherein nicht die Absicht hatte, eine erhebliche Mehrheit zu respektieren.

So wurde die KPD zum Vollstrecker des Kampfwillens.

Und wenn nun die statutarisch notwendigen 75 Prozent sich für den Streik ausgesprochen hätten und der Schlichter auch dann abwürgte, was dann? Dann hätten die Gewerkschaften doch wohl auch zurückgepfiffen?

Wir sind eben gefangen in der Maschine des Schlichtungsverfahrens.

Jetzt zeigt sich, wie sie gegen die Arbeiterschaft verwandt wird. Der „Vorwärts" schrieb gegen den Lohnabbau: Wahrt euch! **Waren das denn nur Wahllügen?"**

Bezirksvorsitzender Künstler:

„Es ist für die Zukunft in diesem Winter damit zu rechnen, daß solche Streiks wieder als Wirtschaftskämpfe ausgetragen werden mit sehr deutlichen politischen Zielen. Wir müssen aufpassen, daß das nicht wieder passiert. Jedenfalls hat dieser Streik gezeigt, daß im gegebenen Augenblick auch unorganisierte Arbeiter in der Lage sind, durch Streik den ganzen Machtapparat lahm zu legen." (Hört! Hört!)

Nunmehr erklärte Künstler wörtlich:

„Papens Plan, die Verfassung durch Staatsstreich zu ändern, ist daran gescheitert, daß Schleicher erkannte, Preußen habe Tage hindurch mit den Streikenden nicht fertig werden und ungehinderte Fahrt garantieren können; wie viel weniger werde das bei einer allgemeinen politischen Streikbewegung der Fall sein."

„Bei einem Generalstreik im Abwehr eines Staatsstreiches", so rief Künstler emphatisch aus, „würden Polizei und Wehrmacht nichts gegen den Willen der geeinten Hand- und Kopfarbeiter vermögen." In diesem Augenblick bricht ein regelrechter Tumult aus. Der ganze Saal ist ein tobendes Meer von Rufen: „Und am 20. Juli? Warum habt ihr da den Staatsstreich geduldet? Warum sind wir da nicht vom Leder gezogen?" In dem Tumult bleibt Künstler minutenlang völlig unverständlich.

Was dann folgt, war belanglos. Die Vorstände verließen vor Schaums Schlußwort fluchtartig den Saal.

Welche Lehren sollen die SPD-Arbeiter daraus ziehen? Wir sagen es mit allem Ernst unseren sozialdemokratischen Klassengenossen: Es führt **kein** anderer Weg zum Sieg des Proletariats als über den **Bruch mit Weiß und Künstler!**

„Vereinigt euch!", so hat das Zentralkomitee der KPD allen Arbeitern und besonders den sozialdemokratischen zugerufen. „Vereinigt euch! In allen Gewerkschaften rechnet ab mit den Verteidigern der Brüning-Tolerierung, der Hindenburg-Wahl und mit all denen, die Papen durch Schlichtungsapparat und Streikbruchpolitik bei seiner Notverordnungsdiktatur helfen. Kämpft mit uns!"

Ja, das ist die Lehre aus den zynischen Geständnissen der SPD-Führer: **Kämpft mit den Kommunisten — dann werden wir gemeinsam siegen!**

Bereitet Ortsverwaltungswahlen vor!

Neuregistrierung aller RGO-Mitglieder

Zur Vorbereitung der Ortsverwaltungswahlen in den freien Gewerkschaften ist als wichtigste Aufgabe der Aufbau von Oppositionsgruppen in allen reformistischen Gewerkschaften und Betrieben notwendig. Deshalb ist von allen Betriebs- und Gewerbeisolierungsgruppen der RGO eine genaue Registrierung aller Anhänger der RGO vorzunehmen.

Alle registrierten Mitglieder und Anhänger müssen durch die Industriegruppenleitung zusammengefaßt werden, um die Vorbereitungsarbeiten im einzelnen zu besprechen. Besonderes Wert ist darauf zu legen, daß alle noch in den Gewerkschaften organisierten Genossen zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch die mit uns sympathisierenden parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter gilt es heranzuziehen, um die Oppositionsbewegung auf die breiteste Grundlage zu stellen.

Heraus zur Offensive gegen die Streikbruchpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer!

Holzarbeiter, organisiert den Lohnkampf!

Jeder Versuch, auch nur einen Pfennig Lohn abzubauen, muß mit dem Streik beantwortet werden

Der ungeheuerliche Lohnabbauangriff der sächsischen Holzindustriellen, die beschlossen haben, sofort einen neuen Lohnabbau von 10 Prozent in allen Betrieben durchzuführen, ist ein Alarmsignal für alle sächsischen Arbeiter. Dieser Anschlag beweist, mit welcher Brutalität die Ausbeuter die Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch weiter herabdrücken wollen.

Die Löhne sind in der sächsischen Holzindustrie völlig unreinheitlich, weil praktisch im Augenblick kein Lohntarif Geltung hat. Im Juli wurde ein Schiedsspruch gefällt, durch den ab 1. Oktober ein Lohn von 88 Pfennig pro Stunde festgelegt wurde, doch die von den Verbandsbürokraten beantragte Verbindlichkeitserklärung blieb aus. Die Unternehmer in der Holzindustrie hatten insbesondere deshalb kein Interesse an einem Lohntarif, weil bei der wirtschaftlichen Lage ihrer Betriebe doch kaum eine Möglichkeit bestand, den in Verbindung mit Neueinstellungen durchzuführenden Notverordnungslohnabbau in bedeutenderem Maße in Anwendung zu bringen.

So werden in Sachsen heute Stundenlöhne gezahlt, die sogar weit unter dem Satz des Schiedsspruches vom 8. Juli liegen. Schuld daran trägt vor allem die Gewerkschaftsbürokratie, die bei der letzten Lohnbewegung die Holzarbeiter kaum über die Lage unterrichtete und erst recht nicht zum Kampf um die Erhaltung des Tariflohnes mobilisierte. Sie haben hinter dem Rücken der Belegschaften vor dem Schlichter mit den Unternehmern verhandelt.

Das war alles.

So konnte es kommen, daß

der Lohn der Holzarbeiter innerhalb anderthalb Jahren um 30 Prozent herabgesetzt

wurde. Zusammen mit dem neuen geplanten Lohnabbau von 10 Prozent bedeutet das, daß die Wochenlöhne bei voller Arbeitszeit um 20 Mark gesenkt wurden. In Wirklichkeit ist der Lohnraub noch größer weil zur selben Zeit umfangreiche Kurzarbeit einsetzte. Auch die Erwerbslosigkeit der Holzarbeiter ist seit 1930 von 33 Prozent auf 66 Prozent aller Arbeiter gestiegen.

Wie lügenhaft die Behauptung der Unternehmer ist, daß die Löhne im Holzgewerbe der entscheidende Faktor bei der Preisfestlegung für Möbel sind, geht aus Mitteilungen des DHV hervor. Bei einem Auftrag der Dresdner Reichswehr für Einheitsschränke schwankte das Preisangebot zweier Dresdner Firmen zwischen 48,00 und 107,70 Mark, obwohl in beiden Betrieben ein Stundenlohn von 88 Pfennig gezahlt wird. Eine Firma in Rauenhorst bei Großenhain forderte sogar 110,00 Mark pro Schrank, obwohl sie ihren Arbeitern nur 73 Pfennig Stundenlohn zahlt. Trotz dieser Tatsachen wagen es die Unternehmer von den zu „hohen Löhnen" zu reden, die angeblich die Produktion verteuern, daß keine Aufträge hereinkommen.

In einem offensichtlich von der DHV-Bürokratie geschriebenen Artikel der SPD-Presse, wird darauf hingewiesen daß der Schlichter in dem Schreiben, mit welchem er die Verbindlichkeitserklärung des letzten Schiedsspruches ablehnte, folgendes bemerkt hat:

„Es sei nicht zu erreichen gewesen, daß die Arbeitgeber sich für eine bestimmte Lohnbasis zum Abschluß eines Lohntarifs bereit erklärt hätten. Die Lohnlage hätte sich dadurch im sächsischen Holzgewerbe immer uneinheitlicher gestaltet. Nachdem die Laufzeit des Schiedsspruches an sich nahezu verstrichen sei, müsse es Aufgabe eines neuen Verfahrens sein, dem sächsischen Holzgewerbe die einheitliche Lohnbasis wiederzugeben, die auch die Arbeitgeber brauchen, um wieder zu einer gesunden Konkurrenz zu kommen."

Damit wird schon angedeutet, daß jetzt, wo die Unternehmer den tariflosen Zustand ausgenutzt haben, in vielen Betrieben die Löhne bedeutend zu senken, ein neuer Lohntarif abgeschlossen werden soll. Aber natürlich auf einer Lohnbasis, wie sie die Unternehmer brauchen. Der niedrigste in Sachsen gezahlte Lohn, soll der Tariflohn aller sächsischen Holzarbeiter werden. Damit der generelle Lohnraubzug für die Ausbeuter recht erfolgreich wird, sollen die Stundenlöhne vorher noch schnell nochmals um 10 Prozent gesenkt werden. Das ist der Plan der Unternehmer.

Die Gewerkschaftsbürokraten haben heute ebensowenig die Absicht die Arbeiter zum Kampf zu mobilisieren, wie bei der Bewegung im Juli. Das geht auch aus ihrem Artikel hervor. Dort heißt es:

„Die Holzarbeiter werden gegenüber diesen Maßnahmen wie bisher darauf verzichten, solche diktierten Löhne anzuerkennen."

Der Deutsche Holzarbeiterverband „verzichtet" zwar heute noch darauf, „die von den Unternehmern diktierten Löhne anzuerkennen",

doch das hindert die Unternehmer nicht im mindesten, Löhne zur Anwendung zu bringen, die weit unter dem Schiedsspruch vom 8. Juli liegen.

Mit einem solchen „grundsätzlichen Verzicht", ist den Holzarbeitern ganz und gar nicht geholfen. Der Lohnabbau kann nur im Kampf abgewehrt werden. Das bewiesen die vielen hundert Streiks der letzten Wochen. Die Gewerkschaftsbürokraten werden, wie bisher, so auch in Zukunft, alles daran legen, um jeden Kampf zu verhindern. Deshalb kann der notwendige Streik gegen den neuen geplanten Lohnraub auch nur gegen den Willen der Bonzen und nur im Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie organisiert und durchgeführt werden.

In allen Betrieben gilt es jetzt in Betriebsversammlungen zu den neuen Unternehmerangriffen Stellung zu nehmen. Es darf nicht so lange gewartet werden, bis die Unternehmer in den einzelnen Betrieben den Lohnabbau vornehmen, sondern heute heißt es gilt es alle Vorbereitungen zu treffen, um jeden Versuch sofort mit dem Streik beantworten zu können. Dazu gehört vor allem die Weiterführung einer Kampfleitung auf der Grundlage der heutigen Einheitsfront. Sofort auch jetzt schon mit den Gewerkschaftsmitgliedern in Verbindung, um auch die aktive Unterstützung der Gewerkschaftler zu sichern. Sofort jetzt mit der Vorbereitung zur Urabstimmung. Sofort für eine Betriebsversammlung einen Vertreter der RGO um, [illegible] eine revolutionäre Arbeit im Gewerkschaftsverband, sondern es den Bonzen nicht gelingt, einen Kampfstreik zu hindern. Das sind die wichtigsten Aufgaben, die jetzt erledigt werden müssen.

Holzarbeiter!

Eure Gewerkschaftszeitung ist

DER ROTE HOLZARBEITER

Reichsorgan der RGO. * Industriegruppe Holz

Unternehmer finanzieren „anständigen Ton"

Ein Unternehmer aus dem Erzgebirge schrieb an das „Chemnitzer Tageblatt" folgenden Brief: „Ich habe die Absicht, in meinem Betrieb das „Chemnitzer Tageblatt" kostenlos an die Arbeiterschaft abzugeben. Ich will damit bezwecken, daß die Arbeiterschaft, die bisher nur die Links-Presse gelesen hat und ganz einseitig orientiert ist, auch eine Rechts-Presse unter die Augen bekommt, die auf einen anständigen Ton gestimmt ist und Kritik übt an den Veröffentlichungen linker Blätter."

Schlagt die Presse der Kapitalisten!

In der roten Massenoffensive vom 20. November bis 4. Dezember in jedes Haus, in jede Hand die revolutionäre Presse. Antwortet den Unternehmern, die die Betriebe mit der kapitalistischen Presse versorgen wollen, mit Massenwerbung für die Presse der KPD unter den Betriebsarbeitern.

Kommunistische Sachsenpresse im Angriff!

RUND UM DEN ERDBALL

Fort mit dem Verbot der ‚Trommel'

Die „Trommel", die Zeitung der Arbeiter- und Bauernkinder Deutschlands, wurde auf sechs Monate verboten. Die Gründe dürfen nicht bekanntgegeben werden. Es geht auch nicht um diese „Begründung". Die wirklichen Gründe, die Hintergründe, sind ja ganz andere.

Warum wurde gerade die „Trommel" verboten? Warum nicht etwa der „Kinderfreund", der von den sozialdemokratischen Roten Falken herausgegeben wird? Oder die Missionsblättchen der christlichen Kindervereinigungen? Oder die Margarine- und Kaufhauszeitungen, die unmittelbar dem Profit des Warenhandels dienen? Das ist leicht erklärlich. Weil alle diese Zeitungen ein und denselben Zweck haben: die Kinder der Werktätigen durch kitschige Märchen, Erzählungen und „wahre" Geschichten vom wirklichen Leben, das auch für die Arbeiterkinder voller Klassenkampf ist, abzulenken und fernzuhalten.

Die „Trommel" verfolgt ganz andere Ziele. Sie braucht keine Märchen, die die wahren klassenmäßigen Verhältnisse verhüllen und verschleiern. Klar und deutlich zeigt sie den Arbeiterkindern ihre Lage auf, nicht gekünstelt und abstrakt, sondern an Hand von praktischen Beispielen aus dem Leben und dem Kampf der Arbeiterkinder, worüber Hunderte von Kinderkorrespondenzen in Stadt und Land berichten. Ueber den Hunger der Kinder der Erwerbslosen, über die Auswirkungen des Lohnabbaus auf die Kinder, über die Spar- und Abbaumaßnahmen an den Schulen, über die nationalistische Verhetzung und militaristische Erziehung in den Schulen berichten diese Kinderkorrespondenten.

Die Arbeitereltern, die Werktätigen überhaupt, müssen an dem Verbot der „Trommel" erkennen, welche große Rolle die Bourgeoisie der Erziehung und Gewinnung der proletarischen Kindermassen beimißt. Zehntausende von Arbeiterkindern haben die „Trommel" liebgewonnen! Tausende von Arbeitereltern kaufen für ihre Kinder die „Trommel", weil sie wissen, daß die „Trommel" die Arbeiterkinder im Sinne ihrer Klasse, im Sinne des Proletariats erzieht. Deshalb muß das Verbot der „Trommel" einen Massenprotest in den Betrieben, Stempelstellen, in den proletarischen Wohnvierteln hervorrufen!

Arbeitereltern! Laßt eure Kinder Abonnenten der „Trommel" werden! Protestiert überall gegen die Unterdrückung der kommunistischen Presse!

Wie kurbelt man an?

In Nr. 46, Jahrgang 1932 der „Münchener Illustrierten Presse" finden sich auf Seite 1283 zwei Bilder, die die ganze Seite ausfüllen. Das eine Bild zeigt einen leeren Fabriksaal und das andere einen mit Arbeitern vollbesetzten.

Unter dem einen Bild ist zu lesen:

„Eine Gegenüberstellung, die uns optimistisch stimmt: So sah es noch gestern in einem Fabriksaal aus, gähnend leer die Arbeitshallen."

Unter dem anderen Bild:

„. . . und heute hat die Fabrik 800 Arbeiter wieder einstellen können. In den Räumen, die so lange Zeit leer standen, kann man wieder Menschen arbeiten sehen, die froh sind, einen Erwerb zu haben."

Bedarf es noch eines schlagenderen Beweises für die Ankurbelung? Da ist nichts zu leugnen; Photos sprechen eine Tatsachensprache. Leer gestern, überfüllte Räume heute! Alles nur infolge der Ankurbelung.

Nun erschien bei uns in der Redaktion eine Arbeiterin, die auf diesem Bilde zu sehen ist, und teilt uns mit, daß die beiden hier einander gegenüberstehenden Bilder in der Tat diesen Betrieb darstellen, aber beide auf das wohl nicht große, aber immerhin erkleckliche Alter von drei Jahren zurückblicken. Beide Bilder wurden an einem Tag vor drei Jahren aufgenommen, und zwar das eine während der Mittagspause und das andere nach der Pause. Die Arbeiterin, die da mit photographiert ist, ist seit länger als zwei Jahren arbeitslos, und man denkt auch gar nicht daran, sie wieder einzustellen.

So sieht in Wirklichkeit die Ankurbelung aus! Photos sprechen eine Tatsachensprache! Dagegen läßt sich nichts machen!

Daubmann-Konjunktur

Ein geschäftstüchtiger Selcher kam auf die Idee, „Daubmann-Würstchen" zu fabrizieren. Und das Geschäft florierte, denn es herrschte nationale Daubmann-Konjunktur. Unser Bild zeigt „Daubmann" in der Selcherfamilie, kurz nach einer SA.-Parade. (Aus der „AIZ.")

Mit glühenden Zangen gegen Kinder!

Feldzug der rumänischen Siguranza gegen Volksschulkinder und Jugendliche — Ungeheuerliche Folterungen in den Gefängnissen

Czernowitz (Rumänien), 21. November. Obwohl die Tatsache, daß im Gefängnis Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren vom Sigurancachef Rottenberg und von seinem Gehilfen Hartl und einigen anderen Polizeiorganen auf die furchtbarste Weise gefoltert werden, seit acht Tagen bekannt ist, steht die Stadt noch immer unter dem Eindruck dieser Ereignisse. Es fanden mehrere Demonstrationen statt, und zur Beruhigung der Oeffentlichkeit mußte der Staatsanwalt eine Erklärung veröffentlichen, daß er gegen die Polizei eine Untersuchung eröffnen werde.

Es handelt sich um folgendes: Seit Wochen und Monaten führt die rumänische Siguranza systematisch einen Feldzug gegen Volks-, Mittelschüler und Arbeiterjugend durch. Allein in der Stadt Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, wurden in letzter Zeit mehr als 200 Verhaftungen vorgenommen, darunter etwa 30 Volksschüler und Volksschülerinnen. Die Schulen, so erklärte der Sigurancachef, seien kommunistisch verseucht und müßten gesäubert werden. Als um den 10. November herum spät nachts einige Leute am Gefängnisgebäude vorbeigingen, da hörten sie jämmerliches Schreien. Dieses Schreien wiederholte sich dann allabendlich. Durch Bestechung einiger Gefängnisbeamten gelang es zwei Personen, ins Gefängnis vorzudringen und mit den Verhafteten Fühlung zu nehmen. Hier stellte man fest, daß die meisten von den Polizeibeamten zu Krüppeln geschlagen wurden.

Die Presse veröffentlicht Einzelheiten über die Folterungen, denen wir folgendes entnehmen:

Da gibt es eine Methode, die „Waruschka" genannt wird. Sie besteht darin, daß dem Untersuchungshäftling Hände und Füße aneinander gefesselt werden, worauf er an einem horizontal gehaltenen Stock wie ein Rad herumgedreht wird, um von Zeit zu Zeit immer wieder mit großer Wucht auf den Boden geschleudert zu werden.

Eine andere Methode ist die, daß mit einem Stock auf die Fußsohlen solange geschlagen wird, bis die Gliedmaßen zur Unkenntlichkeit anschwellen.

Einem 14jährigen Mädchen wurden buchstäblich alle Haare vom Kopf herausgerissen. Eine andere Methode ist die, verhaftete junge Mädchen durch Agenten der Siguranza auf die Jungfernschaft untersuchen zu lassen. Diese Methode wird schon bei zehnjährigen Mädchen angewandt.

Ein Mädchen, das sich dieser sadistischen Vernehmung durch ihre Peiniger energisch entgegenstellte, weil es sich gerade im Stadium der Regel befand, wurde darauf mit Stockschlägen, Faustschlägen und Fußtritten behandelt, so daß es in einer Blutlache liegenblieb.

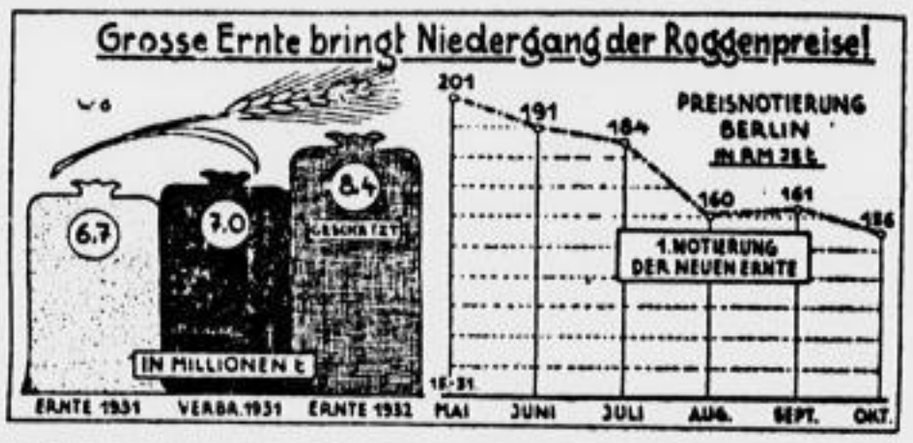
Nacht für Nacht werden die Gefangenen geweckt und nach Verabreichung einer Tracht Prügel gezwungen, die Stockwerke des Polizeipräsidiums fünfmal herauf und herunter zu laufen.

Dies ist nur ein Teil der grauenhaften Vorgänge in den rumänischen Gefängnissen in den letzten Tagen. Und dieser Staat gibt vor ein Schutzwall der europäischen „Zivilisation" gegen den „asiatischen Bolschewismus" zu sein.

Die Lage auf dem Roggenmarkt

Auf dem Getreidemarkt wiederholen sich gegenwärtig die Vorgänge von den Jahren 1928/29: die Roggenernte ist so groß, daß sie den Verbrauch weit übersteigt und mangelnde Absatzmöglichkeit läßt die Preise absinken. Trotz der Bemühungen des Reiches, durch Aufkauf größerer Mengen Roggen die Preise wieder in die Höhe zu treiben, sinken wie aus unserem Bild deutlich zu ersehen ist, die Preise unaufhaltsam.

Gute Ernte, überfüllte Scheunen und Hunger von Millionen Arbeitern und Arbeitslosen — das sind die Segnungen des kapitalistischen Systems.



Ein vielfacher Frauenmörder

gesteht sieben Morde

Wien, 22. November. In Linz begann einer der aufsehenerregendsten Prozesse, den Oesterreich in den letzten Jahren erlebt hat. Angeklagt ist der Raubmörder Franz Leitgöb, der den Beinamen „Frauenmörder von Oberösterreich" führt und der sich seit dem 1. März d. J. in Untersuchungshaft befindet.

Die Anklageschrift, die rund 1000 Seiten umfaßt und etwa 30 Pfund wiegt, wirft dem Angeklagten sieben Mordtaten, begangen an Frauen mittleren Alters, vor. Während sechs von diesen Mordtaten bisher unaufgeklärt waren, konnte man den Verbrecher erst bei der letzten Tat fassen. Am 29. Februar d. J. wurde die Gattin des Bauverwalters Jank, eine 58jährige Frau, in ihrer Villa in Linz mit einem Knebel im Mund tot aufgefunden.

Es gelang nach kurzer Frist, Leitgöb als den Mörder festzustellen, der auch gestand. In diesem Fall überführt, gestand Leitgöb, auch eine im Jahre 1922 im Wald erwürgt aufgefundene, 35jährige Linzerin ermordet und ihrer Habseligkeiten beraubt zu haben.

Und dann kam ein Geständnis nach dem andern. Sein erstes Opfer im Jahre 1912 war eine 47jährige Frau, die mit einem Strick um den Hals tot aufgefunden worden war. Vier Jahre später war die Frau eines ihm bekannten Landsturmmannes in ihrem Schlafzimmer durch Rauch erstickt worden. Wieder vier Jahre später wurde Leitgöbs Stiefgroßmutter, mit einem Hosenträger erwürgt, tot auf dem Sofa gefunden. Kaum ein halbes Jahr darauf verbrannte in einer Holzbaracke eine 36jährige Frau. Alle diese Verbrechen gestand der Raubmörder ein.

Kraftwagendieb unter dramatischen Umständen festgenommen

In Zürich wurde ein internationaler Kraftwagendieb, der aus Stuttgart stammende Schondelmeier, verhaftet, als er mit einem gestohlenen amerikanischen Luxuswagen im Werte von 50 000 Franken davonfuhr. Einer der Kriminalbeamten sprang aus dem fahrenden Dienstkraftwagen auf den Kraftwagen des Diebes auf. Der Verbrecher raste im Tempo von 120 Stundenkilometer davon und versuchte, den Polizisten vom Trittbrett herunterzuwerfen. Schließlich mußte er in einer Ortschaft anhalten und konnte dann festgenommen werden.

Der südafrikanische Flieger Smith aufgefunden

Der junge südafrikanische Flieger Smith, der bei dem Versuch, einen neuen Flugrekord auf der Strecke Kapstadt—London aufzustellen, fast eine Woche lang verschollen war, ist jetzt in einem abgelegenen Teil von Französisch-Westafrika aufgefunden worden, wo er eine Notlandung vornehmen mußte. Der Flieger hat die Strapazen gut überstanden.

Ehetragödie in Oldenburg

In der Gemeinde Zwischenahn (Oldenburg) erschoß der 30 Jahre alte Landwirt Dierks seine Ehefrau mit einem Jagdgewehr und tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in den Mund. Der Mordtat ist offenbar ein furchtbarer Kampf vorausgegangen. Zwischen den Eheleuten bestanden seit einiger Zeit schwere Zwistigkeiten.

Jedes 6. Los gewinnt

in der großen Verlosung

Arbeiterliteratur im Kampf um die Einheitsfrontaktion

Über 200 000 Gewinne!
Losprei 10 Pf. Ziehung am 10. Dezember

Ausbau des Unterrichtswesens in der Sowjetunion

Moskau, 22. November. In der letzten Sitzung des Präsidiums des Allunionistischen Zentralexekutivkomitees unter Vorsitz des Genossen Kalinin wurde ein Bericht über die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht in der RSFSR. erstattet. Danach sind 16,8 Millionen Schulkinder in den Volksschulen erfaßt und mit den besonderen Schulen für begabte Kinder 17 674 000 Schulkinder. Die Zahl der Volksschulen ist auf 134 000 in der RSFSR. gestiegen. 80 Prozent der Schulen in den autonomen und nationalen Gebieten lehren die Schüler in der Muttersprache. Für die weitere Entfaltung des Schulwesens ist eine breite Bautätigkeit von Schulgebäuden und die Ausbildung neuer Lehrerkader vorgesehen. Ferner sind Maßnahmen über die Disziplin in den Schulen und die Mitarbeit der Schüler an der Schulorganisation besprochen worden, zu der in erster Linie die Pioniere herangezogen werden sollen.

Großer Opiumschmuggel eines französischen Dampfers

Paris, 22. November. Bei der Ankunft des französischen Dampfers „Lamartine" in Marseille wurden von der Zollbehörde nicht weniger als 430 Kilogramm Opium in den Waschräumen des Schiffes beschlagnahmt. Die „Lamartine" versieht den Dienst nach dem Nahen Osten. Die französische Hafenpolizei war schon seit langem darauf aufmerksam geworden, daß die französischen Schiffe, die in Istanbul vor Anker gehen, Rauschgiftschmuggel betreiben, wobei auch die Besatzung der Schiffe aktiven Anteil nimmt. Aus diesem Grunde wurde auch diesmal eine eingehende Untersuchung des Schiffes vorgenommen, die ein sehr furchtbares Ergebnis zeitigte.

Unwetterschäden in Transvaal

Bei einem überaus heftigen Gewitter in Transvaal, das von schwerem Hagelschlag begleitet war, wurden 2000 Schafe, 400 Stück Rindvieh und rund 30 Ziegen getötet. Die Hagelkörner bohrten sich tief in die Erde ein.

Verantwortlich: Alfred Sendrich, Berlin.

Hakenkreuz-Kultur unterm Henkerbeil!

Kultur des „Dritten Reiches"

Ein Herr Dr. Schultze von Fritzs Gnaden zu „Prof. Dr. [illegible] Schultze-Naumburg" avanciert, Kultur-„Theoretiker" der NSDAP und Präsident des „Kampfbundes für deutsche Kultur", erklärt:

„Die Wurzel aller Kultur ist die Rasse. Blut und Boden sind

KILLINGER

Killinger ist der „berühmte" Nazi-Held, der sich brüstete, klassenbewußte Arbeiterinnen ausgepeitscht zu haben

[illegible] zugrunde lagen jeder echten Kunst. Hieraus beruht die kunstige [illegible] Deutschlands, der „Gestaltungswille des Volkes".

[illegible] nicht, die Nazis lieben es auch, über Kulturfragen zu [illegible]. Die Begründung der ungeheuren Kulturkrise in der diesem [illegible] Kulturgutes mit den Worten „Verweigerung" [illegible] „Verfremdung" weltanschauungstheoretisch abgetan. Die Ideen [illegible] Dummheit und Anmaßung, mit der diese „Retter des deutschen Volkes" über Kulturfragen sprechen, zeigen folgende Zeilen einer „grundsätzlichen" Aussprache zwischen Hitler und Otto Strasser, in der Hitler folgendes vom [illegible] gab:

„Es gibt überhaupt keine Revolution der Kunst, sondern es [illegible] die ewige Kunst, die griechisch-nordische [illegible] alles, was man sagt, holländische Kunst, italienische Kunst, deutsche Kunst — ist Verschwörung. ... alles, was [illegible] auf den Namen Kunst Anspruch erhebt, kann nur immer [illegible]-griechische sein ... Es gibt überhaupt keine [illegible] und kaukasische Kunst ... Sie müssen doch wohl [illegible] um den Ehrenrien, Begriffen also gar nicht um einheitliche [illegible] handeln, sondern daß dort auf einem niederrassigen [illegible] nordischer Kopf ist, der allein jene Meisterwerke schuf, die wir heute als klassische und [illegible] Kunst bewundern."

[illegible] Probe dürfte es sich erübrigen, auf die Kulturpolitik der Nationalsozialisten näher einzugehen.

Opium fürs arbeitende Volk

In dem von Gottfried Feder erläuterten Nazi-Programm heißt es im Kapitel „Kulturpolitik",

„daß es Grundsatz für den Nationalsozialisten sein muß, religiöse Fragen nicht zu diskutieren. Die Partei als solche steht auf dem Boden des positiven Christentums. Von großer praktischer Bedeutung und Dringlichkeit ist der Kampf gegen die Zersetzungserscheinungen auf dem Gebiet von Kunst, Literatur, Wissenschaft und Bühne, Lichtspielen und vor allen Dingen im gesamten Pressewesen."

Volksgemeinschaft zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, damit letzterer noch stärker ausgebeutet werden kann und Vertröstung auf den Himmel. Nur die rebellierenden Arbeiter die „Nacht der langen Messer".

Das ist der Inhalt des „Kulturprogramms" der Nazis.

Kranke und Schwache sind auszuschalten und zu vernichten!"

Wie stehen die Nazis zur Sozialpolitik?

Nach ihren Programmpunkten 15 und 21 so: „Großzügiger Ausbau der Altersversorgung" und „Schutz der Mutter und dem Kinde".

Wie sieht es aber in der Praxis aus? Die Nazischwätzer im Reichstag beharrlich bei den Auseinandersetzungen über die Ausgestaltung der Sozialversicherung. Der nationalsozialistische Schriftsteller Erich Mann schreibt in seiner Broschüre „Die Moral der Kraft":

„Der Staat sorgt streng für die Vernichtung aller Schwächlinge und Kränklinge ... Auf jährlichen Kontrollversammlungen wird der Gesundheitszustand des ganzen Volkes geprüft durch Selektionsärzte, denen genügend militärische Gewalt beigegeben werden muß. Die Kranken und Schwachen sind auszuschalten und zu vernichten."

In einer anderen Schrift: „Vom Eilleiter zum Schwerleiter" sagt derselbe Schriftsteller der Nazi:

„Der Vernichtung der Ballastexistenzen stehen heutzutage keinerlei technische, aber immer noch moralische Schwierigkeiten entgegen."

Zum Punkt 21 des Nazi-Programms (Schutz der Mutter und des Kindes) liegt als Illustration eine Erklärung des Naziarztes Deuschl von der Reichsleitung des Nazi-Aerztebundes vor, wonach die

„Todesstrafe angekündigt wird für die, die die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes künstlich zu hemmen versuchen oder durch Wort, Druck, Schrift, Bild solche Bestrebungen fördern".

Mussolini hat zwar den Arbeitern in Italien hohe Beiträge für eine Krankenversicherung auferlegt, doch sind die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen von der Unterstützung ausgeschlossen. In den Bestimmungen heißt es z. B. „Ausgeschlossen ist, wer auf Grund körperlicher Fehler oder chronischer Krankheiten seine Arbeitskraft verliert, oder wer frühere Krankheiten verschweigt oder seine Krankheit „künstlich" verlängert oder wenn Frauen durch Abtreibung erkranken oder wer sich „böswillig eine Krankheit verschafft." Ausgeschlossen sind ferner Geschlechtskranke und Alkoholiker.

Die Sozialpolitik des Faschismus ergibt sich aus seiner Gesamtpolitik und diese bedeutet verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Volksmassen.

Nazis als Mörder ihrer Kameraden

Am 27. Juli 1932 wurde der SA-Mann und Scharführer Kaskin in Eisenerf bei Aachen vom Nazis niedergeschlagen und erschossen. Durch das Geständnis des SA-Mannes Johannes Bauer kam dieser nationalsozialistische Fememord an die Oeffentlichkeit. Kaskin stand bei der SA auf der Schwarzen Liste, weil er anläßlich eines Ueberfalls der SA auf Arbeiter, angeekelt, seine Parteiabzeichen wegwarf. 13 Arbeiter, von Nationalsozialisten denunziert, mußten lange Zeit des Mordes beschuldigt, in Untersuchungshaft zubringen. Obwohl das Geständnis des Nazis Johannes Bauer, der zu den Mitläufern zählt, längst bekannt war, schrieb der „Völkische Beobachter" am Tage der Beerdigung: „SA-Mann Kaskin gemeuchelt — Aachen im Zeichen der Trauer".

Der SA-Mann Jooß wurde in Moabit am 8. August 1932 wegen Totschlags zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Jooß hatte den SA-Mann Stelter erschossen. Stelter, der vor seinem Tode noch längere Zeit schwer verletzt im Krankenhaus lag, weigerte sich hartnäckig, die Täter, obwohl er sie kannte, zu nennen. Auch Stelter wurde vom „Angriff" noch am Tage seiner Beerdigung als „Opfer der Kommune" bezeichnet.

Das sind nur einige von den zahlreichen Fällen, die bekannt geworden sind.

Aus der Nazibrochüre der Roten Hilfe „Unter dem Fallbeil der Gleichschaltung" (Preis 20 Pfennig)

STRASSER

Von Strasser stammt folgende Einschätzung der Frau (4. Dezember 1931 in Leipzig): „Die Frau muß aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden. Man muß ihr im Dritten Reich beibringen, mit dem Gelde auszukommen, das der Mann nach Hause bringt."

Jedem Säugling ein Stahlbeim

Aus Nazi-Klagges Braunschweig

Der als Professor für „Gestaltende Geographie" massierte Schriftsteller Ewald Banse hat an der Technischen Hochschule in Braunschweig unter dem Schutze des Naziministers Klagges ein Lehramt für „Geistige Aufrüstung" ausgebaut. Die Dinge, die sich dort in der Kulturabteilung der Technischen Hochschule entwickeln, beweisen, wie sehr man uns bereits in eine regelrechte Kriegspsychose hineinzumanövrieren versucht.

„Wehrwissenschaft", schreibt Banse, „ist Begriffsbildung des heidischen Empfindens, ist die große militärgeistige Zielsetzung des Seelischen eines Volkheit, die sich nicht unterkriegen lassen will. Der wehrwissenschaftliche Gedanke muß das ganze Volk durchdringen, muß es zu einer vor Erwartung kommender Entscheidung zitternden Masse aus Blut und Eisen zusammenschweißen."

„Wehrwissenschaft werde so zur Nationalphilosophie, die zur obersten Wissenschaft erhoben werden müsse. Um wehrwissenschaftliches Denken und Empfinden in das ganze Volk zu tragen, müsse die Wehrwissenschaft in das ganze Bildungswesen eingebaut und ein ‚unlöslicher Teil der deutschen Geistigkeit' werden."

Diese „Nationalphilosophie" des Nazi-Professors Banse ist Kanonenfutter für den Finanzkapitalismus Deutschlands herausbrüllen.

10 Jahre faschistische Diktatur

im Zeichen des Liktorenbündels und des Hakenkreuzes

Das bedeutet:

Diktatur der Großbanken, der Industrie, der Agrarier, wie sie niemals brutaler in Gestalten bestanden hat.

Eine Million beträgt die Zahl der amtlich erfaßten Arbeitslosen. In Wirklichkeit sind es zwei Millionen. Und die Zahl der Unterstützten? Nur 250 000 erhalten eine magere Unterstützung für ganz kurze Zeit. Die anderen — müssen betteln und sich mit Gelegenheitsarbeit durch das Leben schlagen.

„Zum Glück ist das italienische Volk nicht darauf gewöhnt, mehrere Male am Tage zu essen."

Die „Kultur" der Faschisten ist: Hunger, Terror, Barbarei. Kulturellen Aufstieg gibt es nur in der Sowjetunion, im Lande der Herrschaft der Arbeiter und Bauern. Hinein in die rote Einheitsfront. Kämpfe mit den Kommunisten!

Die Nazi-Fürsten prassen — und das Volk bettelt

In Baesbach in Nazi-Thüringen werden den Armen Bettelscheine ausgestellt, damit sie betteln können. Die Nazi-Regierung Thüringens streicht 30 000 Mark Gehälter ein (drei Minister). Die Bevölkerung bettelt, aber Hitler stellt seine SA-Garde zur Fürstenhochzeit in Koburg.

Nur in der Sowjetunion ist wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg!

Quittung für die Streikbruch-SPD

Die Verluste, die die SPD bei den Wahlen infolge ihrer sozialfaschistischen, arbeiterverräterischen Politik einstecken mußte, sind natürlich vor den SPD-Arbeitern nicht zu verstecken. Deshalb versucht besonders die sächsische SPD, mit einer demagogischen „Selbstkritik" zu manövrieren und den sozialdemokratischen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

In der Chemnitzer Volksstimme vom 17. November heißt es in einem Artikel „Lehren der Wahlen" wörtlich:

„In den restlichen 10 Wahlkreisen (es handelt sich um die 35 Reichswahlkreise) verloren wir (die SPD) bis zu 1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das Charakteristische und zugleich Bedenkliche ist, daß diese letzten 10 Wahlkreise fast ausschließlich Domänen der Arbeiterschaft sind; in ihnen hält sich das Industrieproletariat in dichten Haufen zusammen. Mit anderen Worten:

Von den Wählerschichten, die in steigendem Maße (von der SPD) abzubröckeln beginnen, nimmt die Industriearbeiterschaft die weitaus erste Stelle ein. Jene Schicht, die die Elite des Proletariats darstellt, die die erprobtesten Kampftruppen stellt und die das Rückgrat der Sozialdemokratischen Partei und der mit ihr sympathisierenden Organisationen sind. Die SPD hat in diesen 10 Wahlkreisen den größten Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

In der Reichshauptstadt hat die Sozialdemokratie am schlechtesten abgeschnitten. In der Zentrale haben wir die schwersten Verluste erlitten. Wir verloren in den drei Wahlkreisen gegenüber der Wahl im Juli nicht weniger als 80 000 Stimmen. Die Kommunisten dagegen konnten in Groß-Berlin ihren größten Stimmenzuwachs buchen; sie gewannen 140 000 Stimmen.

Berlin wählte unter dem Eindruck des Verkehrsstreiks. In einer geradezu befremdenden Ungeschicklichkeit wurde das Personal der BVG von der Arbeitnehmerorganisation geführt. Die Führer der Gewerkschaften sind Sozialdemokraten und Sozialdemokraten sitzen im Aufsichtsrat der BVG. Am Morgen des Wahltages gab die BVG bekannt, daß 1000 Angestellte fristlos entlassen worden seien. Das ist in großen Umrissen gezeigt die Tragödie des Berliner Verkehrsstreiks.

Am 6. November hat die Arbeiterschaft dann die Quittung ausgestellt: 80 000 Wähler sind der Sozialdemokratie unterm geworden."

Damit muß selbst die SPD-Presse zugeben, daß die SPD-Arbeiter in steigendem Maße den Streikbruch der SPD und der AFdGB erkennen und in Massen aus dem Lager des revolutionären Sozialismus flüchten, zur Kommunistischen Partei kommen. — Nur Berlin gibt die Volksstimme den Streikbruch zu. Wir fragen jedoch, hat die sächsische „Linke" SPD anders gehandelt? Nein! Sie hat in den Kämpfen der sächsischen Arbeiter, besonders im Textilarbeiterkampf ebenso den Streikbruch organisiert, Streiks verhindert und abgewürgt? Und dafür hat auch sie ihre Quittung erhalten! Aber noch stärker müssen wir gerade hier in Sachsen die „linken" Manöver der SPD entlarven und die sozialdemokratischen Arbeiter für den „revolutionären" Massenkampf in Bettich und Stimpfelstelle gewinnen.

Wenn die Volksstimme durch die Ausführungen in obigem Artikel gleichzeitig machen muß, daß die SPD zum Faschismus den Weg ebnete und die faschistische Papenregierung tolerierte, dann kann es für den sozialdemokratischen Arbeiter nur eine Schlußfolgerung geben:

Schluß mit der sozialfaschistischen Verräterpartei! Her zur roten Einheitsfront! Kämpft mit der Antifaschistischen Aktion unter Führung der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der KPD, gegen faschistische Diktatur, für den Sozialismus!

Fort mit dem Chemnitzer Schießerlaß!

Verstärkt den Massenkampf gegen die Verschärfung der faschistischen Diktatur!

Wie wir bereits berichteten, hat der Chemnitzer Polizeipräsident einen Erlaß herausgegeben, der die Polizei anweist, sofort und in verstärktem Umfang von der Schußwaffe gegen die Arbeiterschaft Gebrauch zu machen. Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages hat dazu folgenden Antrag eingebracht:

„Nach Mitteilung der Presse hat der Polizeipräsident in Chemnitz einen Schießerlaß herausgegeben, **der die Polizeibeamten anweist, die Schußwaffe in stärkstem Umfange zu gebrauchen. Dieser Schießerlaß ist eine Bedrohung für die gesamte arbeitende Bevölkerung. Er gibt aber vor allen Dingen den reaktionärsten Beamten die Möglichkeit, in geradezu feiloser Weise die Schußwaffe in Anwendung zu bringen.**

Gerade die Chemnitzer Polizei hat sich bei der reaktionären Einstellung der Polizei in Sachsen im brutalen Vorgehen gegen die Arbeiter als besonders hervorgetan. Gerade die Chemnitzer Polizei hat schon des öfteren in unerhörter Weise von der Schußwaffe Gebrauch gemacht.

Wir fordern deswegen, das Polizeipräsidium Chemnitz zu beauftragen, den Schießerlaß sofort zurückzunehmen, darüber hinaus jeden solchen Erlaß durch eine Polizeibehörde zu verbieten."

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die SPD jetzt einen Scheinkampf gerade gegen die Chemnitzer Polizei führt im Zusammenhang mit dem Rowdyterror auf sozialdemokratische und antifaschistische Arbeiter nach der SPD-Revolutionsfeier am 9. November, wobei 7 Arbeiter schwer und 21 weitere leicht verletzt wurden. Die „Dresdner Volkszeitung" bringt einen SPD-Landtags-Antrag, in dem nicht etwa zum außerparlamentarischen Massenkampf gegen die faschistische Diktatur und Verschärfung des Terrors gegen die Arbeiterklasse aufgerufen, sondern gefordert wird, „anzuordnen, daß in Zukunft die als Mitglieder der NSDAP bekannten Polizeibeamten keinesfalls mehr als Führer von Streitenmassen Verwendung finden."

Steigert überall den Massenkampf gegen die faschistische Diktatur und ihre Stützen, die Razzia und die SPD. Bringt den blutigen Schießerlaß durch die Organisierung des Massenkampfes aller Arbeiter in roter Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur zu Fall!

156000 mehr

Riesige Zunahme der Erwerbslosigkeit!

Amtlich wird zugegeben, daß in der ersten Hälfte des November die Arbeitslosenzahl sich um 156 000 auf 5 265 000 erhöht hat. Daß diese Summe um mindestens 2 Millionen unter der wirklichen Arbeitslosenzahl liegt, weiß mittlerweile alle Welt. Wie barbarisch und hartherzig die Frage des Unterstützungsbezuges geregelt ist, geht daraus hervor, daß trotz der Zunahme um 156 000 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger amtlich nur um 10 000 höher angegeben wird. Ja, in der Krisenstadt Sorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch um 13 000 zurückgegangen auf 1 128 000. Lakonisch bemerkt der amtliche Bericht dazu: „Dieser Rückgang beruht nicht zuletzt auf Aussteuerungen."

Her mit Kartoffeln und Brot, her mit Kohle für die hungernden und frierenden Erwerbslosen, die mit ihren Angehörigen ein Drittel des deutschen Volkes ausmachen!

Lager und Halden frei für die Erwerbslosen!

Massenprotest gegen Versammlungsverbot

Die Verlängerung des „Burgfriedens" bis zum 2. Januar muß in der gesamten werktätigen Bevölkerung Deutschlands als eine unerhörte Herausforderung aufgefaßt werden.

Gegen das Verbot der Versammlungen und Demonstrationen, das bis zum 2. Januar reichen soll, muß im ganzen Reiche ein heftiger Proteststurm sich erheben.

Die Berliner Arbeiterschaft hat die Verlängerung des Versammlungsverbotes am Freitagnachmittag und abend mit einer Reihe von Demonstrationen beantwortet, über welche die der Regierung nahestehende „Berliner Börsenzeitung" u. a. berichtet:

„In der Zeit von 17 bis 19 Uhr kam es gestern in allen Teilen Berlins zu Demonstrationsversuchen von kommunistischer Seite, wobei die Polizei mehrfach mit dem Gummiknüppel eingreifen mußte, um die Ansammlungen zu zerstören. Einer der einschreitenden Polizisten wurde durch einen Steinwurf am Kopf leicht verletzt. Schließlich traten in der Umgebung des Marktplatzes in Spandau in der Potsdamer und Breite Straße wiederholt kommunistische Sprechchöre auf, die aber beim Eintreffen des Ueberfallkommandos jedesmal das Weite suchten."

Soweit die halbsozialdemokratische „Berliner Börsenzeitung". Wir richten an die reinen Leute da oben die heuchlerische Frage, ob sie wirklich glauben, daß sich die deutsche Arbeiterschaft vom 7. November bis zum 2. Januar ihre Versammlungen und Demonstrationen verbieten lassen wird?

•

Attentat auf Herriot. Auf der Reise von Paris nach Nantes wurde auf den Zug, in dem sich der französische Ministerpräsident Herriot befand, in der Nähe von Nantes am Sonntag früh ein Dynamitattentat versucht.

3 **Der Weg zum Kunden** 3

Dresden

GÖRLITZER Lebensmittel Feinkost. Wein Spirituosen Tabakerzeugnisse Kohlen — Am Jahresschluß 6% Rückgewähr

In jede Arbeiterwohnung Gardinen von Neumann — Hugo Neumann Eigene Gardinen-Fabrik — 18 Gardinen-Spezial-Geschäfte Dresden Chemnitz Freital Meißen Heidenau Pirna Bautzen Zittau — Hauptgeschäft: Dresden-A. Marschallstraße 12-14

Reserviert

Fraulob-Eis-Halle

Kohlen-Rummel Kronprinzenplatz . Ruf 20135

Dresden-N.

8% Lebensmittel-Herrmann Königsbrücker Straße 62 • Hauptstraße 31 8% auf sämtliche Waren

Besucht Siarkes Kurbad

Dresden-Löbtau

Feinbäckerei und Konditorei Curt Bär Kesselsdorf. Str. 63 . Ruf 38824

Konditorei u. Café Möller

Unterstützt das Handwerk

Cotta

Reinhold Berger Holzhandlung

Malwald & Lechner

Alwin Kohler

Albert Birkenbusch Brennholzhandlung Hebbelstraße 15

Heidenau

Bad „Glück Auf"

Pirna

Migeno Milch für Sport und Beruf

Möbel-Matthes Preiswerte Wohnungseinricht. Lange Straße 15

Dohna

Herbert Schäler

Otto Richter

Neugersdorf

Reformhaus „Gesundes Leben" Frieda Pohl

C. Jul. Röthig

Dora Klemm

Walt. Förster

Lobau

Otto Mitschke

SAXONIA Wilsdruffer Straße 25—27 / Wilsdruffer Straße 10 Kesselsdorfer Straße 9 / Hechtstraße 14

Dresden-A.

Steppdecken-Hänel

Herren-Moden Deutsche Herren-Moden

Puppen-Börtitz

Edit Schokolade aus der Schokoladenfabrik Dr. Sparber GmbH.

Pieschen

Mickten

Striesen

Wollwaren · Hellmann

Pr. Fleisch- u. Wurstwaren Emil Otto, Schandauer Str. 61

Kauft im Schuhhaus Lippert

A. Beyer, Markgr.-Heinr.-Pl. 1a

Naußlitz

Lebensmittel- und Molkereiprodukte Otto Gruschwitz

Kotzschenbroda

Optiker R. Winkler

Neukirch

Pesterwitz-Dresden

„Gastätte zur Erholung"

Georg Hohnert

Meißen

Reserviert 36

Brockwitz

Freiberg

Neuschlachtheim Fleisch- und Wurstwaren-Zentrale

Brand-Erbisdorf

Bautzen

Kauft beim Inserenten!

Bautzen-Seidau

Kamenz

Trinkt Lessing-Sprudel

In jedes Haus Schokoladen von Clauß

SCHOKOLADEN-FABRIK Bruno Clauß

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Dresdens, außerdem in Chemnitz — Freiberg — Meißen Dippoldiswalde und Oederan